

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 138.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 29. November 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Sonntagsbeilage 25 Pfennig;
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Für den Monat Dezember

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Korr.“ zum Preise von 22 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabnehmer auf vorstehendes aufmerksam machen.

Bekanntmachungen.

Die Kreisämter haben in den Tagen vom 12. bis 18. November in ordnungsgemäß einberufenen Sitzungen über die eingegangenen Anträge auf Erhöhung und Einführung von Lokalszuschlägen beraten und beschlossen.

Das Tarifamt wird als Berufungsinstanz zur endgültigen Entscheidung über berufungsfähige Beschlüsse der Kreisämter

am Sonntag den 9. Dezember

zusammentreten.

Etwaige Berufungen sind nebst ausführlicher Begründung bis spätestens den 3. Dezember einzureichen.

Die Ladung von Vertretern beider Parteien erfolgt durch das Tarifamt auf schriftlichem Wege.

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, die Mitglieder des Tarifamtes stets für die Dauer der Tarifperiode zu ernennen, während bisher nur eine dreijährige Amtsdauer derselben bestanden hatte. Diesem Beschlusse entsprechend hat das Tarifamt die Geschäftsordnungen des Tarifausschusses und der Schiedsgerichte einer Umänderung unterzogen, und sollen für die Folge die Mitglieder dieser Tariforgane sowie die Mitglieder der neu zu bildenden Ehrengerichte ebenfalls für die Dauer der Tarifperiode gewählt werden.

Demzufolge schreiben wir hiermit eine Neuwahl aus:
a) der Prinzipals- und Beihilfenmitglieder und deren Stellvertreter im Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker, und zwar der Tarifkreise IV, V, VI, VII, VIII und IXa;

(Die Vertreter der Kreise I (Nord), I (Südwest), II, III, IVb und IXb, die erst jetzt für die neue Amtsperiode gewählt worden sind, werden hiermit nachträglich für die Dauer der Tarifperiode als gewählt bestätigt und sind deshalb nicht neu zu wählen.)

b) der Prinzipals- und Beihilfenmitglieder und deren Stellvertreter von sämtlichen Tarifschiedsgerichten;
c) der Prinzipals- und Beihilfenmitglieder der Ehrengerichte, von denen je eins am Vororte eines jeden Tarifkreises zu errichten ist. In jedes Ehrengericht sind zu wählen drei Prinzipale und drei Beihilfen und je ein Ersatzmann.

Wiedernahm der Vertreter zu a und b ist statthaft. Sämtliche Wahlen haben noch während des Monats Dezember zu erfolgen.

Die Wahlergebnisse nebst Protokoll sind nach beendeter Wahl sofort an uns einzusenden.

Berlin, 24. November 1906.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Georg W. Bürgenstein, A. S. Giesecke,

Prinzipalvorsitzender. Beihilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Eine Reminiszenz!

Soll ich, oder soll ich nicht? Rämlich einen Artikel schreiben für den „Korr.“ Diese Frage hatte ich mir schon gleich beim Ausbrüche des „Entstümmungsrummels“ wegen der angeblichen Verräterei unserer Verbandsführer vorgelegt, sie aber dann bis heute vertagt infolge der großen Andrange von Stoff, wie es mehrmals im Briefkasten geheißen hat. Was man aber jetzt in den diversen Korrespondenzen, die alle nach Salomonstraße 8, Leipzig, zur schleimigsten Veröffentlichung“ eingekandt werden, zur Verbauung vorgelegt bekommt, das geht auf keine Kuhhaut „nauf! Da wird man nicht bloß versucht, den „heiligen Strohhalm“ anzugreifen, sondern man muß unwillkürlich an den Kopf greifen und sich fragen: Ja schreiben denn diesen Wölschinn wirkliche Verbandsmitglieder? Das kann doch nicht möglich sein! Ein derartiges Zeug zu verteidigen, dazu sind doch nur höchstens à la „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ gedrückte Arbeiter fähig.

Und dann die „Beschlüsse“ erst! In allen Variationen lebt man sich aus, jede reale Grundlage wird peinlich vermieden, lustig im Reich der Träume gondeln die Gedanken. Dabei möchte ich auch an die Berliner Kollegen eine Mahnung richten. Die große Masse der jetzigen „Berliner“ hat keine blasse Ahnung davon, wie namentlich im ersten Verbandsdegenium laviert werden mußte, um für die Kollegen am Kasten und an der Maschine etwas herauszuschlagen. Jetzt, nachdem es unseren Vereinsfunktionären endlich gelungen ist, auch der Beihilfenschaft „einen Platz an der Sonne“ zu verschaffen, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Verband wieder 25 oder 30 Jahre zurückzuvibrieren. Nach der Tarifrevision von 1876 gab es in Berlin die gleichen Hitzköpfe, die dann auch, trotzdem ihnen vom damaligen Verbandspräsidenten und Verbandsausschuß die Unterstützung vorenthalten wurde, auf eigene Faust einen frischen fröhlichen Ortskrieg in Szene setzten und, als ihr „Pulver“ verschossen war, pater peccavi sagten und zu den früheren Bedingungen wieder angingen. Was war die Folge dieser „Eigenbrödelerei“? Der Berliner Verein schrumpfte auf etwa 400 Mitglieder zusammen. Mea culpa, mea maxima culpa!

Wie sich Berlin räupert und wie es pudt, das wird von den „Kleinen“ getreulich — nachgemacht! Beweis: Köpenick hat ebenfalls den Tarif abgelehnt. Seit dem Streiche des berühmten Räuberhauptmanns habe ich nicht mehr so gelacht, als über die Annahme der vielleicht von irgend einem lustigen Kollegen dort gestellten Resolution, die den Tarif und den Organisationsvertrag verwarf.

Diesem in beiden Hemisphären berühmt gewordenen *Köpenick* reiht sich an: Solingen, welches aus Wut über den verräterischen Redakteur des „Korr.“ Obligatorium aufgeben will, dann die Wittigshausen K&S Lin, die ein Mistquarkenspotium gegen den „Korr.“-Redakteur fassen ließ; und — last not least — Wehlar, dessen Schriftführer den Galimathias verappte, in Orten von 10000 bis 20000 Einwohnern konditionierten die meisten Verbandsmitglieder. Nachbarin, euer Fläschchen!

So, ihr lieben, bestgepaßten Menschen in Pleiathen, jetzt habe ich euch mit einigen Zeilen auch meine Ansicht über den Stand der Dinge mitgeteilt. Wenn ihr den Erguß eines alten Mitgliebers des Verbandes brauchen könnt, so ist es mir recht. Fliegt er aber in den Papierkorb — dann darob keine Feindschaft nicht! St... d.

„Unsere Freunde!“

Wie im Jahre 1896 bei der Einführung der Tarifgemeinschaft, so fallen auch jetzt wieder verschiedene sozialdemokratische Blätter über uns her, um uns zu zeigen, was wir zu tun und zu lassen haben. Wenn da z. B. die „Leipziger Volkszeitung“ als Einleitung der Buchdruckerhefte schreibt, „die Beihilfen und Führer hätten ihre Kollegen verraten und verkauft“, so müßten gerade die Leipziger Kollegen dagegen energisch protestieren. Ich meine, unsere Beihilfenvertreter und Führer sind noch Kollegen, welche gegen die Insanien der „Leipziger Volkszeitung“ unter allen Umständen in Schutz genommen werden müssen, wenn wir den Begriff Kollegialität hoch halten wollen und er nicht zu einer Phrase geworden sein soll; zudem ich ganz bestimmt glaube, daß die betreffenden Kollegen alles darangesetzt haben, um so viel als möglich bei den Tarifverhandlungen für uns herauszuschlagen. Die Radikalisten unter uns hätten jedenfalls auch nicht mehr herausgeholt. Die Angriffe jenes Blattes sind aber um so erbärmlicher und nichtsmüßiger, als ich annehme, daß die Mehrzahl unserer Vertreter selbst Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind; man bestmüßt also keine eigene Partei, und da man doch „Verräter“ nicht gebrauchen kann, so werden jedenfalls die betreffenden ausgeschlossen. Oder nicht? Ja, wen sollen wir denn nun mit diesen Klemmern betrauen, wenn diese Kollegen nicht in der Lage sind, uns zu vertreten? Da möchte ich den Vorstoß machen, daß wir das nächste Mal unsere Interessen in die Hände der Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ legen. Ob dann die Sache klappen wird?

Der größte Saß dieser Blätter richtet sich gegen den Zentralvorstand und gegen unsere Redaktion, hauptsächlich gegen Kollegen Verkäufer, was am besten der Versammlungsbericht des „Vorwärts“ vom 24. Oktober und die von der „Leipziger Volkszeitung“ angeführte Bemerkung beweist. Man möchte eben zu gern diese Personen be-

seitigt wissen und glaubt, vielleicht jenen Blättern willfährigere Elemente zu erhalten; daher die von Zeit zu Zeit erfolgenden brutalen Rippenstöße. Doch da irrt man sich gewaltig. Gerade der „Korr.“-Redaktion — ich hoffe, daß derselben von seiten des Zentralvorstandes kein Maulkorb wieder umgehängt wird — sollten die Kollegen dankbar sein, denn was hat sie seit zehn Jahren nicht alles aushalten müssen. Trotzdem ist sie keinen Finger breit von ihrem gewerkschaftlichen Programme abgegangen, und die Früchte sind nicht ausgeblieben. Man ersieht dies am besten daraus, daß heute die deutschen Gewerkschaften unsere tariflichen Einrichtungen mit ganz anderen Augen ansehen als vor zehn Jahren, und uns nachahmen. Ich wünschte, daß alle Gewerkschaften recht bald zu eben solchen Einrichtungen kämen. Ist es nicht traurig, wenn man z. B. liest, daß die Bergwerksbesitzer es ablehnen, mit den Organisationen der Bergleute zu verhandeln?

Wenn nun die Demagogen, die in den verschiedenen sozialdemokratischen Blättern ihren Kofhl bauen, wieder über unsere neuesten Umachungen herfallen, so hat das seinen guten Grund. Ist man den Gewerkschaften auf jener Seite sowieso nicht grün, so sind ihnen Tarifabschlüsse und unser Organisationsvertrag verhaßt. Und warum? Die Gewerkschaften werden zu selbständig! Aber die Demagogen in der „Leipziger Volkszeitung“ e tutti quanti schimpfen vergebens, die Schulmeisterei gegenüber den Gewerkschaften ist vorbei.

Nun zu dem neuen Tarife. Ich bin nicht der Meinung, daß die Umachungen so schlecht sind, als man sie hinzustellen sucht. Die berechtigenden Kollegen schneiden da am besten ab, denn sie erhalten die 10prozentige Erhöhung vollkommen. Was das gewisse Geld betrifft, so ist: erstens zu bebauern; daß nur diejenigen Kollegen die volle Zulage erhalten, die bis 3. März über Minimum haben; zweitens, daß den Prinzipalen gestattet wird, allen Kollegen im ersten Gehaltsjahre den niedrigsten Lohn zu geben, während dies jetzt nur in der Buchdruckererei der Fall war, und drittens die Hinaufschraubung der Staffel von 23 auf 24 Jahre. Zu erstens wäre zu bemerken, daß bei Erhöhung des Minimums der Lohn allgemein steigt, so wird es diesen Kollegen möglich sein, auch eine Zulage zu erhalten, und die von dem Deutschen Buchdruckervereine beschlossenen Lohnerhöhungen für diese Kollegen haben ja auch inzwischen viel Unfrieden in den einzelnen Druckorten beseitigt. Was zweitens und drittens betrifft, so müssen diese Kollegen ihre Arbeitskraft so teuer als möglich verkaufen, denn es kann kein Kollege gezwungen werden, zum Minimum in seiner Klasse anzufangen. Eine Arbeitszeitverkürzung ist für mich nicht eingetreten; aber so dumme bin ich als praktischer Mensch nicht, daß ich die halbe Stunde „mit tiefer Enttustung“ zurückweise. Es wird eben alles genommen. Die Druckerkollegen dürften von ihren Bestimmungen, wenn sie ordentlich durchgeführt werden, manchen Vorteil haben; sollen doch die Verhältnisse betreffs Beibehaltung der Maschinen selbst im radikalen Berlin keine rosten sein. Ueber den Maschinensgehaltarief erlaube ich mir als Nichtfachmann kein Urteil. Wenn aber Kollege Sack in der Altherhaltenversammlung erklärte: „Arbeitsarbeit ist Mordarbeit“ und später hinzufügte: „Wenn sie gut bezahlt wird, dann berechne ich auch“, so ist das meiner Ansicht nach nicht richtig. Ist Arbeitsarbeit Mordarbeit, dann bleibt Arbeitsarbeit Mordarbeit, ob sie nun gut oder schlecht bezahlt wird. Bei schlechter Bezahlung muß sich der Arbeiter plagen, um so viel wie möglich herauszuholen, und bei guter Bezahlung wird er so viel wie möglich herauszuholen. Ebenso verhält es sich mit dem Kaufendpreise, während Kollege Sack eine ganz beträchtliche Verschlechterung herausrechnete, machte Kollege Schäfer, dem ich auch Sachkenntnis zutraue, eine ganz andere Rechnung auf. Hoffentlich wird die Sache auch für die Maschinenbesitzer nicht so schlimm, als sie aussieht. Nun komme ich zum Organisationsvertrage. Hier seien nun „unsere Freunde“ wieder ein und prophezeien alles mögliche und unmögliche, wie im Jahre 1896 über das Tarifamt, die Schiedsgerichte und die Arbeitsnachweise. Sollten doch die Letzteren uns vollständig in die Hände der Unternehmer bringen — wir haben nichts davon gemerkt. Nun, die Deutschen haben sich damals bis auf die Knochen blamiert, und so wird es auch diesmal werden.

Wenn man nun die neuen Umachungen ruhig besieht, so muß man zugeben, daß trotz einiger Verschlechterungen wir wieder ein gutes Stück vorwärts ge-

kommen sind, und aus diesem Grunde kann man auch verstehen, warum die Gehilfenvertreter diesen Umwandelungen zugestimmt haben. Zu wünschen ist, daß die Kollegen Deutschlands zusammenhalten und einig sind, denn es wird noch manchen Strauß kosten, bis der neue Tarif überall zur Einführung kommt.

Leipzig.

—r.

Eine schallende Ohrfeige.

Derart reich an seltsamen Ueberraschungen wie die diesmahlige Tarifbewegung ist wohl kaum je eine ihrer Vorgänger gewesen. Was das Resultat der anderthalb-wöchigen Verhandlungen an und für sich schon überraschend, so war es noch mehr die Berichterstattung einiger Gehilfenvertreter über die Tarifverhandlungen als auch besonders die Stellungnahme des „Korr.“ zu denselben. Jetzt wird soviel geschrieben über „Logik und Konsequenz“ — wo aber bleibt die Logik und Konsequenz der Berichterstattung des „Korr.“ vor und nach den Tarifverhandlungen? Doch darauf nochmals näher einzugehen, erübrigt sich wohl, da dieselbe wohl jeder aufmerksame Leser des „Korr.“ vermuthet haben wird, diese „Logik und Konsequenz“. Aber eins möchte ich hier feststellen. Kurz nach dem Abschluß der Tarifverhandlungen schrieb „der“ Rezhäuser: Mehr als erreicht, sei aus dem Gewerbe als großes Ganzes nicht herauszuholen, das ertrage das selbe nicht! Weiter, die Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen haben sich von ihren Partnern, den Prinzipalvertretern, abspitzen lassen mit der jetzt als leere Medaille zutage tretenden Motivierung, mehr zu bewilligen erlaubt uns unser gebundenes Mandat nicht! Ferner, die diversen Orts-, Lokal- und Bezirksvereine flüchtigen Weisfall über das Erreichte, da nach ihrer unmaßgeblichen Meinung das von den Gehilfenvertretern Mitgebrachte wenn auch nicht genug, so doch genügend sei! Und jetzt kommt der Deutsche Buchdruckerverein, der Prinzipalverein, und beschließt, daß alle bis zu 11 Mark über das 3 Ml. Minimum entlohnenden Gehilfen eine entsprechende Aufbesserung erhalten sollen! Warum da erst der große Schacher mit den 3 Ml. über Minimum? Wollten die Prinzipalvertreter ihre Fähne zeigen, oder was hatte die Phrase mit dem gebundenen Mandate sonst für einen Zweck? Es ist doch jetzt offen vor den Prinzipalen zugestanden worden, daß das den Gehilfen gnädigst zugestandene und von diesen schmelzwedelnd hingegenommene 3 Ml. denn doch ein Bissel zu gering ist. Und so geht man denn auf jener Seite über das von ihren Vertretern Bewilligte hinaus, den Gehilfen einen weiteren Brocken pomwerfend, um den Tarif wenigstens in etwas schmächlicher zu machen. Aber zugleich hiermit ist den Gehilfenvertretern, den ihnen bindungslos gesplagten Mitgliebschaften und speziell dem „Korr.“ eine solche herbe Ohrfeige versetzt worden, daß ihnen ganz wie im Kopfe werden muß. Man möchte tatsächlich an der Wahrheit dieses vom „Korr.“ veröffentlichten Prinzipalschlußes zweifeln, wenn man nicht glauben könnte oder vielmehr fest überzeugt sein würde, daß der Kollege Rezhäuser sich von der unbedingten Existenz dieses Beschlusses überzeugen wird, ehe er solchen veröffentlicht und sich damit ins eigne Fleisch schneidet.

Aber noch eine andre Seite hat diese Medaille. Es werden jetzt die Getreuen unserer Gehilfenvertreter herkommen und sagen: Seht ihr, ihr Oppositionellen, daß die Prinzipale noch Entgegenkommen zeigen? Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Prinzipalität selbst ist vor Freude über das gelungene Geschäft, welches ihnen der Tarifabschluß gebracht hat, die Hände. Darum ist uns dieser Wissen noch gerichtet worden, um die Opposition zum Schweigen zu bringen. Denn die Prinzipalität sah das Gefährliche dieser Opposition weit eher ein, als dies auf seiten unserer Funktionäre der Fall war, welche letztere glauben, eine künstliche Opposition à la 1896 vor sich zu sehen. Aber sie sind getäuscht. Die diesmal einsetzende Opposition ist eine so gesunde und deshalb berechtigte, weil sie aus den unhaltbaren Verhältnissen der letzten Jahre sich herausgemacht hat. Beweis: der demwürdige 12. August d. J., der allerdings nach der Tarifbewegung mehr denn je in den Kot gezogen worden ist. Unzweifelhaft aber gebührt der Opposition das Verdienst, daß sie selbst bei der Prinzipalität das Geständnis ausgelöst hat: Die gesamte Gehilfenschaft ist mehr wie beschiden, wir wollen ihr noch einen Happen mehr zu Bekken geben — zu unserm, der Prinzipale ureigenstem Vorteil! Die Opposition aber sagt sich, die ganze Gehilfenschaft ist angefaßt der diesmaligen Tarifbewegung nicht mehr ernst zu nehmen.

Hannover.

Schr.

Korrespondenzen.

Berlin. Der Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend beschäftigte sich in seiner Generalversammlung am 15. November nochmals mit den für die nächsten fünf Jahre geltenden neuen Bestimmungen des Tarifes. Es wurde den Mitgliedern aufgelesen, alle etwaigen Anforderungen, die über die gemachten Zugeständnisse hinausgehen, abzulehnen. Die Hilfsarbeiter, welche einmal die Absicht gehabt hatten, sich dem Buchdruckerhilfsarbeiterverbande anzuschließen, sind Mitglieder des Vereins geblieben. In der nächsten Zeit soll eine Lohnstatistik der Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter aufgenommen werden. Zu der Reichsdruckerei stellen den größten Prozentsatz der Nichtveränderlichen die dort be-

schäftigten Schriftgießer. Es soll nochmals versucht werden, hier ein besseres Verhältnis herbeizuführen. An dem bis jetzt hier eingeführten Kanon-Monotypsetzmaschinen sind an den Glekparaten ausschließlich Gleker zum Maschinensekernminimum beschäftigt. Der Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wurde in Unbetragt des Beschlusses des letzten Verbandstages, die Unterstützungslasten der Sparten aufzuheben, zurückgestellt. Zur Weihnachtsunterstützung der Witwen und Jubiläen wurde eine einmalige Steuer von 1 Ml. ausgeschrieben. Das Vereinsvermögen beträgt 18008 Ml., die Mittgliederzahl 626.

Berlin. Am 1. Dezember bezieht Kollege Wilhelm Trunz bei voller Mithilfe sein fünfzigjähriges Buchdruckerjubiläum. Der Jubilar, Mitglied des Verbandes seit dem Tage seiner Gründung, hat sich durch seine langjährige Tätigkeit im Innungsgerichtsamt, in der Krankenkasse usw. um die Berliner Kollegenchaft verdient gemacht. Seit über 30 Jahren ist derselbe in S. Rheinhardt's Buchdruckerei, Stralauerstraße 56, tätig. Die engeren Kollegen finden sich am selben Abend zu einer Feier im Restaurant Noad, Stralauerbrücke 2a, zusammen.

Vielefeld. Drei Versammlungen an zwei aufeinander folgenden Tagen! Zeigt das nicht von regem Interesse, das der Ortsverein sowie Bezirksverein Vielefeld in der jetzigen Zeit bekundet? Allerdings mag wohl auch der Umstand mit geltend gewesen sein, daß Kollege Döblin sein schon länger gegebenes Versprechen, nach Vielefeld zu kommen, zur Wahrheit machte und in der Versammlung des Ortsvereins Vielefeld am 10. November über den so viel bekämpften neuen Tarifabschluß referierte. Da der Ortsverein Vielefeld auch zu denjenigen Teilen der Ungutwilligen gehört, die den neuen Tarif trotz der vielerpreisenen Ergründungen nach sachlicher Begründung und Erwägung, abgelehnt hatten, so war es jedenfalls von Interesse, zu sehen, welchen Eindruck das Referat unsers hervorragenden Tarifinterpreten, Kollegen Döblin, hinterlassen würde. Kollege Döblin gab in seinem einleitenden Vortrage den gespannt Zuhörenden ein gutes Bild von den langwierigen Verhandlungen und erläuterte die für uns wichtigsten Positionen des neuen Vertrags. Selbstverständlich ergriff er abgesehene Tarif bei einem jedoch nur sehr kleinen Teile von den Anwesenden momentan in einem etwas rofigen Richte, denn einmündliches Referat wirkt ja immer besser, als es die trockenen Buchstaben des neuen Tarifes im „Korr.“ tun können. Daß die Versammlung in vielen Punkten des Vertrags dieselben Ansichten vertrat, zeigte sich in dem reichen Beifalle, den Kollege Döblin zum Schluß seiner Ausführungen erntete. Nach einer kurzen Pause kam die Opposition zum Worte. Die einzelnen Redner gingen auf die Ausführungen des Referenten in der sachlichsten Weise ein und zeigten deutlich die „Ergründungen“ die man nun fünf lange Jahre hindurch getuschelt bestanden mußte. Hier seien nur die Hauptpunkte angegeben, denen die Versammlung keinen Geschnack abgeminnen konnte: Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses bei den Maschinenleibern, die Ungerechtigkeit der Lohnreduktion, bloß den bis zu 3 Ml. über Minimum die Zulage zu gewähren (jetzt aber durch Prinzipalschluß bereits erweitert), das ja sose Entgegenkommen der Prinzipale in betreff der Arbeitszeitverkürzung, der noch „besser“ ausgearbeitete Staffeltarif und noch mehrere einschneidende Fragen unsers ganzen Organisationslebens. Daß auch der ganze Inhalt des Organisationsvertrages bei den Kollegen nicht als das gelten will, als was er von oben herab eigentlich sein soll, ist wohl begreiflich. Allgemein ist die Ansicht vertreten, daß man sich durch diesen Vertrag die Hände gebunden habe. Besonders die Satzpflicht, die der Verband mit übernommen, wirkte erschlagend auf die notwendige Bewegungsfreiheit unserer Mitglieder. Die gesamten freien Gewerkschaften wehren sich gegen die in Aussicht genommene Umwandlung in rechtsfähige Berufsvereine und die damit erfolgende Uebernahme der Satzpflicht. Wir hätten deshalb nicht diesen Weg einzuschlagen dürfen, indem die modernen Gewerkschaften eben auf einem andern Standpunkte stehen. Daß beim Tarifabschluß ein Jurist als Vorständer Stimmberechtigung hat, wurde ebenfalls nicht gutgeheißen. Man ersehe ja aus den Urteilen an den Zivilgerichten, welches Empfinden gegen die arbeitende Klasse diese Juristen befeht. Dies sind die Teile des neuen Tarifes, durch deren erfolgte Annahme die hiesigen Kollegen eben keine Verbesserung ihrer bisherigen Position zu erblicken vermögen. Ein Kollege — wir wollen ihn hier nicht nennen — fragte dem Kollegen Döblin, daß der hiesige Vorstand schuld daran wäre, daß der Tarif von dem Ortsvereine Vielefeld in der vorigen Versammlung abgelehnt worden sei und vertleg sich noch dabei für eine persönlichen Verächtigung gegenüber einem andern Kollegen. Dem Angegriffenen war es jedoch ein leichtes, diesen „mutigen“ Kollegen, der, nur nebenbei gesagt, auch für Ablehnung des Tarifes in der betreffenden Versammlung stimmte, in die Wirklichkeit zurückzuführen. Nachdem auch die hiesige Parteizeitung „Volksmacht“ auf dem Standpunkte zu stehen scheint, durch Abdruck der verurtheilenden Artikel aus dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ unter der hiesigen Arbeiterschaft Stimmung gegen die Buchdrucker zu machen, mußte dieser Punkt selbstverständlich auch in der heutigen Versammlung zur Sprache kommen. Die elende Kampfesweise des „Vorwärts“, der „Leipz. Volksztg.“ und der übrigen auf demselben niedrigen Niveau bestürzten Zeitungen erfuhr die schärfste Kritik. Wie schon oben vermerkt, versteht es die „Volksmacht“ mit ihrem politischen und journalistischen Instanzen in Einklang zu bringen, ohne auch nur eine

Seite aus dem „Korr.“ zu berühren, ihren Lesern die spaltenlangen Verleumdungen der angeführten Blätter vorzusetzen. Die hiesigen Buchdrucker haben sich überhaupt keiner Sympathie von seiten der „Volksztg.“ zu erfreuen, das geht schon daraus hervor, daß sie ausführliche Berichte von Generalversammlungen auch der kleinsten Organisationskörper veröffentlicht, aber einen Bericht von unserer letzten Generalversammlung in Dresden konnte man vergeblich in ihr suchen. Als Resultat dieser Ausführungen ist eine Resolution zu verzeichnen (bei einstimmiger Annahme), in der das Verhalten der „Volksztg.“ aufs entschiedenste verurteilt wird und die dem Kollegen Rezhäuser die vollste Sympathie ausdrückt. Die Resolution soll auch nebst einem kurzen Versammlungsberichte der „Volksztg.“ überliefert werden. Eine erst zum Schluß der Versammlung eingereichte Resolution, die um Annahme des neuen Tarifes ersuchte, kam nicht zur Abstimmung, da sie nicht geschäftsordnungsmäßig eingebracht war. Eine endgültige Stellungnahme zum neuen Tarife wird in der nächsten Ortsvereinsversammlung erfolgen. — Die vierte Bezirksversammlung fand in Paderborn am 11. November statt. Ihr ging eine Allgemeine Buchdruckerversammlung voraus, die den in großer Anzahl erschienenen Nichtmitgliedern klar machen sollte, welchen Wert und Nutzen der Verband der Deutschen Buchdrucker für sie habe. Kollege Döblin hatte wieder in anerkannter Weise das Referat übernommen und behandelte eingangs seiner Ausführungen die Bestrebungen der Arbeiterschaft überhaupt, durch die Organisierung der einzelnen Berufsgruppen bessere Lebensbedingungen für sich zu erkämpfen. Er wies auf die interprofessionellen und unpolitischen Unternehmerverbände hin, an denen sich die Arbeiterschaft in dieser Beziehung ein Beispiel nehmen könne. Referent schilderte die Entstehung und Weiterentwicklung unsers Verbandes, gab auch ein getreues Bild von all den Kämpfen und Ergründungen, die unsre Organisation bis zum heutigen Tage zu verzeichnen hat. Uebergehend zum neuen Tarifabschluß, schilderte er die Wuchtposition unsers Verbandes, die sich dieser durch seinen Einfluß auf das gesamte Arbeitsverhältnis erworben habe. Er schilderte die Vorteile, die die Kollegen durch den neuen Tarif genießen, und sei es deshalb nur eine einfache Pflicht von den anwesenden Nichtmitgliedern, auch etwas für die Durchführung dieses neuen Gesetzes zu tun, und dies könne nur ihr Eintritt in den Verband der Deutschen Buchdrucker sein. Er machte sie auch noch darauf aufmerksam, daß durch den abgeschlossenen Organisationsvertrag nur die dem Verbands angehörenden Kollegen bei Neueinstellungen berücksichtigt würden und schloß mit der Aufforderung an die Nichtmitglieder, sich um unsre gemeinsame Fahne zu scharen. In gleichen Bahnen bewegten sich die Worte des Vorstehenden Franz und des Kollegen Gesseler. Kollege Anton Böhmerschilderth in junger, rüstlicher Weise die früheren Arbeitsverhältnisse und schloß den Satz: Paderborn ging speziell auf die Paderborner Verhältnisse ein. Hatte ansehend auch die Allgemeine Versammlung momentan noch keine Resultate zu verzeichnen, so wollen wir zur Ehre der Paderborner uns noch fernstehenden Kollegen annehmen, daß die Worte unsers Verbandsvorsitzenden Döblin ein Gebü bei ihnen finden mögen. Denn es wäre ein wahrhaft betäubendes Zeugnis, das sich die dortigen unorganisierten Buchdrucker ausstellen würden, wenn sie nach all den Bemühungen, die der Bezirksvorstand nicht gescheut und er alles versucht hat, sie über ihre Lage aufzuklären, noch weiter in ihrer Gleichgültigkeit beharren würden. — Die nachmittags abgehaltene Bezirksversammlung bietet für die Allgemeinheit kein Interesse, und eribrigt es sich wohl, darüber zu berichten. Zum Auschlusse gestellt wurde der Segel Werk wegen Nichtzustandekommen von erhaltenem Vorhause. Am Ende dieses Berichtes möge dem Schreiber dieses gestattet sein, ein paar Worte der Anerkennung unserm scheidenden ersten Vorstehenden Franz zu widmen. Kollege Franz hat es verstanden, sich die Sympathien des Ortsvereins sowie des Bezirksvereins Vielefeld zu erwerben und sehen wir ihn nur ungern von uns scheiden, „Gut auf!“ in seinem neuen Wirkungskreise!

Düsseldorf. „Zur Situation“ sprach in der am 11. November abgehaltenen Bezirksversammlung unsers Gauvorsther Graßmann. Uebergehend von den 1896er Vorgängen und sie in Parallele stellend mit den jetzigen, betonte Redner, daß sich die Opposition in unserm Gau im Gegensatz z. B. zu Berlin speziell gegen den idealen Teil des Vertrags richte, da man hier von einer Erhöhung und Umhülligmachung unsrer bisherigen Arbeit im Interesse der Organisation bespräche. Die Wistimmung gegen den materiellen Teil sei wohl jetzt in der Hauptsache befriedigt durch das in vielen Kreisen von den Prinzipalen gegebene Versprechen, auch den mit 3 Ml. höher als zum Minimum Entlohnten freiwillig entsprechende Lohnzulagen zu gewähren. Bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung müsse man sich vor Augen halten, daß diese nicht geeignet sei, den Arbeitsmarkt zu entlasten, weil mit ihr auch eine Produktionsvermehrung im Gesolge gelte. Es lassen sich also zur Begründung nur ethische und kulturelle Gründe ins Gesetzt führen, die eben diesmal noch nicht von durchschlagender Wirkung bei den Prinzipalen gewesen seien. Was den Staffeltarif anlange, so sei seine Nichtaufhebung bezeichnend, daß auch in fühlenden Gehilfenkreisen selbst die Meinungen über seine Berechtigung viel mehr geteilt seien, als man gemeinlich glaube. Für die Maschinenleger bringe der Tarif ohne Zweifel Verschlechterungen, doch hege er die Zuversicht, daß diese gut organisierte Sparte es verstehen werde, seine Nachteile hinzunehmen. Ohne Zweifel stehe fest, daß die Teuerungserhöhung durch die Lohnauf-

Besserungen nicht weit gemacht worden sind, aber Fehler auf politischem Gebiete durch gewerkschaftliche Arbeit zu korrigieren, das ist nicht möglich. Diese man dies alles in Betracht und lege sich dann die Frage vor, ob durch einen Streik mehr erreicht werden wäre, so sei diese Frage unbedingt zu verneinen, soweit es sich um einen Generalstreik handle. Die Großstädte hätten wohl einige Vorteile erringen können, aber in den kleineren Ortschaften, in denen es bezüglich der Einhaltung des jetzigen Tarifes vielfach noch böse aussehe, wäre es wohl schmer gewesen, eine zehnjährige Lohnherabsetzung durchzubringen. Den Organisationsvertrag behandelte Redner eingehender und besprach besonders die Haftpflicht des Verbandes, die auch in „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als eine Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft bezeichnet sei. Er versuchte die vielfach hiergegen erhobenen Befürchtungen zu zerstreuen, da die Haftpflicht so geregelt sei, daß sie als Garantie beiderseits zu gelten habe, um die Innehaltung des Beschlusses zu gewährleisten. Keine Macht könnte uns beispielsweise zwingen, Entscheidungen wie die Raff-Wale-Entscheidung anzuerkennen, dann würde eben das Vertragswort zusammenbrechen, denn Vertrags seien die Maschinen. Nachdem Redner die Scharfmachereien von rechts — derer um Tille — kritisch beleuchtet hatte, kam er auf die Angriffe der Parteipresse zu sprechen, deren Folgergeheimnisse eine Gefahr für beide Seiten bedeute. In unseren eignen Reihen habe sich in den letzten Wochen in der Beurteilung des Erreichens ein Umschwung vollzogen, und man komme allgem. der Ueberzeugung näher, daß das demokratische Prinzip auch ferner hochgehalten werden und man sich der Mehrheit fügen müsse. Er hoffe, daß auch der Düsseldorf bezirk seinen Beschluß revidiere; könnten sich die Mitglieder aber nicht dazu verstehen, so sollten sie sich doch nicht von der Unlust beherrschen lassen und für das, was der Tarif bringt, dennoch eintreten. „Vor allem aber“, schloß Redner, „lassen Sie sich durch nichts in dem Vertrauen zur Organisation wankend machen!“ Die Diskussionsbewegung sich in den gleichen Bahnen wie in der vorhergegangenen Versammlung, alle Redner sprachen sich gegen die Annahme aus. Diesmal kam aber noch besonders das Bedauern darüber zum Ausdruck, daß der „Korr.“ in der Zwischenzeit nichts dazu beigetragen habe, die Mitglieder über das Wesen und die Tragweite der vielfach noch sehr unklaren Bestimmungen des Tarifvertrags aufzuklären. Aus diesem Grunde könne man auch nicht den gefassten Beschluß revidieren. Es wäre zweckmäßiger gewesen, an Stelle der spaltenlangen Artikel gegen die Angriffe der Parteipresse und einzelner Personen das Verbandsorgan vorerst zur näherliegenden Besprechung der Dinge innerhalb des Verbandes zu benutzen. „Es soll damit keineswegs ausgedrückt werden, daß diese schändlichen Angriffe hier nicht ebenso verurteilt würden wie von anderer Seite“, auch „Zwei eingegangene Resolutionen — gegen und für, letztere noch zum Schluß eines inerm. Referenten findend — bitten bezüglich der Abstimmung eine rege Debatte aus, die schließlich darin gipfelte, eine Urabstimmung vorzunehmen. Diese fand am folgenden Dienstag statt und hatte das Ergebnis, daß von 346 abgegebenen Stimmen sich 180 für folgende Resolution und damit für Annahme des Tarifes und Vertrags ausprägten: „Die am 11. November tagende Bezirksversammlung revidiert ihren Beschluß der letzten Bezirksversammlung nach Entgegennahme des Situationsberichtes des Gauvorsitzers Grafmann und gibt nunmehr ihre Zustimmung zu dem Tarife und Organisationsverträge, hofft jedoch, daß in der in nächster Woche stattfindenden Kreisamtsitzung den berechtigten Wünschen betreffs Lokalzuschlag Rechnung getragen wird.“ Bei einer so großen Minderheit von 154 Stimmen ist es wohl angebracht, auch deren Willensäußerung mitzuteilen. Diese gab ihre Zustimmung zu der nachstehenden Resolution: „Die heutige Bezirksversammlung hält nach Entgegennahme eines Situationsberichtes durch den Gauvorsitzer Grafmann nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß 1. der abgeschlossene neue Tarif in keiner Weise den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entspricht und deshalb zu verwerfen ist; 2. der Tarifvertrag ohne rechtliche Wirkung abgeschlossen ist und in der vorliegenden Form keinesfalls auf Annahme der Gesamtgewerkschaft rechnen konnte; die Versammlung beschließt deshalb, Tarif und Tarifvertrag nach wie vor abzulehnen. Auch an der Forderung einer Ueberordentlichen Generalversammlung zur Klärung der Sachlage hält die Versammlung fest. Ferner erklärt die Versammlung ausdrücklich, daß sie in ihren Entscheidungen in keiner Weise durch die Auslassungen der sozialdemokratischen Parteipresse beeinflusst worden ist. Ohne die Annahmen des „Korr.“ durch „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ gutheißen zu wollen, spricht sie ihr Bedauern darüber aus, daß die Polemik eine so gehässige persönliche geworden ist. Sie wünscht vielmehr, daß die „Korr.“-Redaktion es endlich an der Zeit findet, über die Wirkungen des Tarifes und Tarifvertrags in sachlicher Weise zu berichten.“ Bei der Feststellung des Ergebnisses waren noch etwa 90 Stimmen ausstehend, die aber auch bei rechtzeitigem Eingange an dem Effekte des Resultates nichts zu ändern vermochten, höchstens zugunsten der ersten Resolution eine Verschiebung der Ziffern herbeiführten. Damit haben die Düsseldorf Kollegen ihren Willen zum Ausdruck gebracht und sich — wenn auch gegen eine große Minderheit — für die Annahme entschieden, in der berechtigten Hoffnung auf Erhöhung des Lokalzuschlags (die sich inzwischen als trügerisch erwiesen hat). In gleicher Weise wird sich auch die Mehrheit darin einig sein, daß sie ihre Zustimmung nicht gegeben hat, weil sie mit dem Erreichten zufrieden gestellt ist, sondern

weil durch eine fernere Ablehnung nichts mehr zu ändern ist. Die Versammlung beschloß, die Diskussion zu Beginn noch die Aufnahme von 16 Kollegen und schloß die Seyer Max Hüllinghorst, Walf. Groß und den Drucker Wilh. Kreuer wegen Resten aus.

Freiburg i. B. (Oberrheinische Maschinenfabrikvereinigung.) In mehreren Versammlungen sowohl am Vororte wie auch in Karlsruhe beschäftigten sich die Mitglieder obengenannter Vereinigung mit dem neuen Tarife, ferner auch mit dem im weiteren Verlaufe der Angelegenheit erschienenen Zirkulare. Nach wie vor stehen die Kollegen auf dem von Anfang an eingenommenen Standpunkte, daß der Tarif für die Maschinenfabrik einschneidende Verschlechterungen gebracht hat und unsere Experten einen solchen Tarif ihre Zustimmung nicht geben dürften, sondern die Verantwortung für ein derartiges Werk weit von sich weisen mußten. Einstimmig war man der Ansicht, daß die Maschinenfabrik die Kosten der neuen Tarifvereinbarungstragen müßten. Mit Entschiedenheit wandten sich alle Redner gegen die Wiedereinführung des Berechnens in den Tageszeitungen und die unterschiedliche Arbeitszeit bei Wert- und Zeitungsfas. Man habe sich in einer Weise über die Beschlässe des Kongresses hinweggesetzt, die den schärfsten Protest herausfordere. Den Mitgliedern der Vereinigung wurde zur Pflicht gemacht, sich der Einführung des Berechnens mit allen Mitteln entgegenzustellen. Die bisherige Geschlossenheit der Maschinenfabrik Deutschlands müsse auch weiter gepflogen werden zum Vortheile der Allgemeinheit. Eine ergiebige Debatte knüpfte sich auch an das Münchener Zirkular, dem einmütig die Zustimmung verlagert wurde. Man war der Ansicht, daß eine persönliche Beratung der Experten gar nicht erfragt sei. Schwer sei auch der Nachweis zu erbringen, daß (um mit dem Briefschreiber an den Münchener Verein zu reden) „man sich in Maschinenfabrikereisen mit der Ansicht trage, es unter allen Umständen zum Tarifstuche und möglicherweise auch zum Bruche mit dem Verbandskommen zu lassen“. Die Maschinenfabrik haben bisher bemessen, daß sie Disziplin zu wahren wissen und der Verband über alles geht, aber eine gesunde Opposition werde doch noch erlaubt sein.

G. Halle a. S. In der am 17. November abgehaltenen Versammlung stand den Mitgliedern insofern eine Ueberraschung bevor, indem Kollege Hallupp sein Amt als Gauvorsitzer niederlegte, da er am 1. Dezember von Halle scheiden müsse infolge Annahme einer andern Stellung. Der Vorsitzende dankte namens der Versammlung dem Kollegen Hallupp für seine jahrelange Mithewaltung um das Verbandsinteresse, speziell das des Saalegates und des Halleischen Ortsvereins, wo er der Reihe nach diverse Ehrenämter bekleidete und dieselben zur vollen Zufriedenheit der Kollegen verwaltet habe. Die Ueberechnung vom dritten Quartale lag gedruckt vor und wurden Monita nicht erhoben, weshalb dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Ein Antrag auf Einführung einer Luitungsakte für geleistete Beiträge wurde mit dem Hinweise abgelehnt, daß wir diese Mehrarbeit unseren Druckereifaktoren nicht zumuten könnten, es auch gar nicht ausgeschlossen sei, daß dann ebenfalls noch Fehler vorkommen können. Es wurde sodann Kritik geübt, daß von Seiten des „Generalanzeiger“ bei den Einstellungen für das Adreßbuch die Kollegen nicht vom Arbeitsnachweise gebolt worden seien; von 22 eingestellten Kollegen sind ganze drei durch denselben vermittelt worden. Aber auch das Verhalten der Kollegen wurde verurteilt, welche haufenweise sich um diese Ausfühlscondition beworben hatten. Eine längere Debatte zeitigte die Mißstände in der Halleischen „Allgemeinen Zeitung“, in welches Geschäft ein Herr Renz aus Dresden als technischer Leiter eingetreten ist. Es soll in allernächster Zeit eine Druckereiverammlung einberufen werden, welche diese Mißstände zu beseitigen suchen wird. Zum Schluß fand die Schreibweise des hiesigen „Volksblattes“ Erwähnung; von einem längeren Eingehen darauf wurde jedoch Abstand genommen, sondern ein Beschluß gefaßt, diese Materie neben der Wahl eines Gauvorsitzers und Tarifliches auf die Tagesordnung der am 24. November stattfindenden Ueberordentlichen Versammlung zu setzen, wozu die beiden Verbandskollegen, welche in der Redaktion sitzen, extra eingeladen werden sollen.

Hamburg-Altona. (Maschinenfabrikverein.) In der Versammlung am 18. November wurde zunächst der Kasienbericht für das dritte Quartal erstattet und genehmigt. Ueber den Punkt „Tarifliches“ hatte Kollege Dieck das Referat übernommen. Redner führte an der Hand von Beispielen den Kollegen nochmals die hauptsächlichsten Punkte des Tarifes vor Augen und griff auf die Rede des Kollegen Schliebs auf der Generalversammlung 1902 zurück. Was Schliebs damals in seiner Rede den Maschinenfabrikern zum Vorwurfe machte, gelte auch heute noch zum großen Teile. Es sei daher nicht zu verwundern, wenn die Prinzipale sich dieses ihnen von den Maschinenfabrikern selbst gelieferte Material zunutze machten und uns zwecks besserer Ausnutzung ihrer Maschinen das Berechnen aufzungen hätten. Der Referent bezeichnete die Durchschnittsfundleistung von 6000 Buchstaben an der Linotype als viel zu hoch und hob besonders die Verschlechterungen für Dialekt- und fremdsprachlichen Satz hervor. Was wir hier verloren hätten, würden wir in einer späteren Tarifberatung kaum wieder gewinnen. Redner kam den Experten den Vorwurf nicht ersparen, daß sie es veräumelten, hiergegen Protest einzulegen. Zur Situation übergehend bemerkte er, wenn sich auch viele Mitgliedern über den neuen Tarif recht absprechend geäußert hätten, so sei doch nicht zu verkennen, daß er für unsere Provinzkollegen manche Verbesserung bringe. Im Anschlusse an das Referat des Kollegen Dieck

brachte der Vorsitzende das letzte Flugblatt des Brandenburgischen Maschinenfabrikvereins zur Verlesung. Er fand die Opposition dieses Vereins unter den gegenwärtigen Verhältnissen begrifflich, bezeichnete sie aber als zu weitgehend. Es sei an der Zeit, daß die dringlichen Arbeiten der Zentralkommission wieder aufgenommen würden und man sich auch in Berlin für die getroffenen Abmachungen entscheide. Die Diskussionsredner schlossen sich der Ansicht des Referenten an. Die häufige Anwendung des Wortes „Uttordarbeit ist Urtarbeit!“ auf die Maschinenfabrik wurde zurückgewiesen; dies gelte von anderen Gewerben, wo der Urtord von Fall zu Fall festgesetzt und bei zu hohem Verdienste einfach der Preis herabgesetzt werde. Auf die Buchdrucker mit ihren festen Tariffasungen und ihrer langjährigen Tarifdauer könne das Wort keine Anwendung finden. Die Angriffe auf die Zentralkommission wurden scharf verurteilt. Folgende Resolution des Kollegen Dieck wurde angenommen: „Die von Vertretern aus Lübeck, Schwerin, Binneberg und Blankensee besuchte Versammlung des Maschinenfabrikvereins Hamburg-Altona bedauert die persönlichen Angriffe der Experten durch verschiedene Vereine und spricht den Kollegen Quaid und Glaser ihr Vertrauen aus. Sie erwartet ferner von der Zentralkommission, daß sie ihre Bemühen bis zur Beendigung der Tarifbewegung behält. Die Versammlung ersucht die Vereine, das Wort: „Alle Maschinenfabrik stehen wie ein Mann hinter der Zentralkommission!“ nun auch in die Tat umzusetzen und ihre ablehnende Stellung aufzugeben, und fordert sie auf, mit allen Kräften dahin zu streben, daß die minimalen Verbesserungen des Tarifes auch voll und ganz zur Durchführung kommen. Nur auf diesem Wege erblickt der Maschinenfabrikverein Hamburg-Altona die Möglichkeit, daß die Maschinenfabrikvereinigung keinen Schaden erleidet.“

Hamburg-Altona. (Maschinenfabrikvereinversammlung vom 10. November.) Unter Vereinsmittlungen berichtete der Vorsitzende über die stattgefundene Konferenz mit dem hiesigen Vorstande des Hilfsarbeiterverbandes, welcher, veranlaßt durch die seit der Tagung des Maschinenfabrikvereins vorhandene gespannte Stellung zwischen Druckern und Hilfsarbeitern sowie einiger Artikel in der „Solidarität“ usw. und deren Erwiderung seitens der Drucker, an den Vorstand mit dem Ersuchen herantrat, in einer kombinierten Sitzung beider Vorstände die kritischen Fragen zu besprechen und wenn möglich beizulegen. Diesem Verlangen wurde seitens des Vorstandes in bereitwilligster Weise entsprochen. In zwei Sitzungen befaßte man sich in eingehender Weise mit dieser Angelegenheit und wurde folgende Resolution angenommen: „Die Vorstände des Hamburg-Altonaer Maschinenfabrikvereins und des Verbandes der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen (Hauptstelle Hamburg) haben Kenntnis genommen von den Sachverhältnissen im Verbandsorgan „Solidarität“, welche die Arbeiter der Druckerei erklären, daß derartige Artikel nicht geeignet sind, ein gedeihliches Zusammenarbeiten der beteiligten Arbeiter herbeizuführen und eruchen die Redaktion der „Solidarität“, derartigen Artikeln für fernerehin die Aufnahme zu verweigern.“ Ferner sollen hier in Zukunft bei allen zwischen den beiden Organisationen resp. deren Mitgliedern entstehenden Meinungsverschiedenheiten zunächst die beiden Vorsitzenden sich zu verständigen suchen, falls dieses nicht gelingt oder der Fall ein schwerwiegender, soll in kombinierter Sitzung beider Vorstände darüber entschieden werden. Somit war der Boden geschaffen, auf dem ein ferneres gemeinsames Arbeiten möglich. Der Vorsitzende teilte noch mit, in welchen Grenzen sich eine Agitation seitens der Drucker für die Hilfsarbeiterorganisation zu bewegen habe. Weitere kombinierte Sitzungen werden sich mit den Tarifangelegenheiten der Hilfsarbeiter befaßen. Beim nächsten Tagesordnungspunkte: „Welche Verbesserungen bringt uns der neue Tarif?“ wurde zunächst die Anfrage gestellt, ob die Bestimmungen, „Ueberstunden sind wechselseitig zu leisten“, so aufzufassen sei, daß ein Drucker die Maschine seines Kollegen, nachdem derselbe die Zurichtung fertiggestellt, während weiterer Ueberstunden mit beaufsichtigen muß? Die Versammlung betonte, daß es, wenn der Drucker die Arbeit der Zurichtung gehabt, nicht mehr wie recht und billig sei, auch den Speck dieser Arbeit für sich zu beanspruchen. Sonst würden seitens des Prinzipals geradezu Ueberstunden gezögert werden, weil sie ihm einen doppelten Nutzen bringen. In kritischen Fällen soll jedoch ein Entscheid des Schiedsgerichtes herbeigeführt werden. Weiter wurde angefragt: „Wieviel Maschinen darf nach dem neuen Tarif ein Gehilf bedienen?“ Hierzu wurde bemerkt, daß für uns unfre leider nicht durchgebrungene Forderung: „Die ausschließliche Bedienung einer Maschine durch Lehrlinge ist erst vom dritten Lehrjahre ab zulässig“, maßgebend sein müsse. Ferner wurde betont, daß die „neuen Bestimmungen“ für unsere Hamburger Verhältnisse einen bedeutenden Fortschritt bedeuten. Es wurde darauf hingewiesen, welche Insumme von Arbeit nötig war, bis wir so weit gekommen, daß wir unserer Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben vermöchten, um diesen allerdings noch unbedeutenden Boden zu gewinnen, auf dem wir weiter bauen können und werden. Der auf Veranlassung des Hamburg-Altonaer Maschinenfabrikvereins abgehaltene Kongreß in Neumünster eröffnete den Drucker der bald darauf in allen Gauen stattfindenden Druckerkongresse, deren Gipfelpunkt der zweite deutsche Maschinenfabrikertag in Berlin war. Wenn diese Arbeit auch noch kein vollkommenes Resultat gezeitigt, so beweist das nur, daß wir in unserer Arbeit nicht erlahmen dürfen, daß es uns anspornen muß, auf dem

gewonnenen Terrain unermüdet weiter zu streben. Ein Beginn, das des Schmeißes der Ecken wert. Wie bedeutend die „Neuen Bestimmungen“ in den hiesigen Maschinenfäden reformierend wirken müssen, zeigt unsre letzte hiesige Statistik; danach bedienten 60 Maschinenmeister 1 Maschine = 20 Proz. (Deutschland 50 Proz.), 130 Maschinenmeister 2 Maschinen = 45 Proz. (Deutschland 30 Proz.), 100 Maschinenmeister mehr als 2 Maschinen = 35 Proz. (Deutschland 20 Proz.). Insgesamt wurden 919 Maschinen ermittelt; nach Abzug der beiden ersten Gruppen sowie der von Prinzipalen, Zieglendruckern und Beschlingern bedienten Maschinen und sämtlicher Posten- und Handpressen verbleiben für die dritte Gruppe immer noch 487 Maschinen, das sind 127 mehr wie die zwei ersten Gruppen, nämlich 340 Maschinen von 190 Maschinenmeistern und 407 Maschinen von 100 Maschinenmeistern bedient. Hier müsse mit Hilfe des neuen Tarifes Remedur geschaffen werden event. unter Anrufung der Schiedsgerichte. Die betreffenden Kollegen sollten sich mehr auf sich selbst bestimmen und ihre Arbeiten vor allen Dingen mehr qualitativ, weniger quantitativ gestalten, in ihrem eigenen Interesse und ihrer Kollegen, nicht auch zuletzt im Interesse der gegen die Schmutzkonzurrenz kämpfenden Prinzipale. Sei es doch erwiesen, daß meist in den Druckereien, in denen besagte Zustände herrschen, die Schmutzkonzurrenz in höchster Blüte steht. Hoffentlich „huppen“ in Zukunft die betreffenden Kollegen nicht mehr, wie ein Redner treffend bemerkte, wie die Wahnsinnigen von einer Maschine auf die andre, sondern lernen ihre Maschinenfäden zu güteln, denn „nur die Fluße kann es machen!“ Unter „Technisches“ wurde als Kuriosum mitgeteilt, daß es, was man kaum für möglich halten sollte, immer noch Kollegen gibt, die den Zylinderdruck ausüben, „unter das Holz klieben“. Ein anderer nicht minder origineller Fall ist folgender: Einem Kollegen wurde trotz Widerspruch beschließen von seinem Prinzipale der direkte Auftrag, um bei einer Druckerei (vier Quartseiten komp. 4000 Auflage) Farbe zu sparen, dieselbe nicht in den Kästen zu tun, sondern zeitweilig direkt auf die Walzen zu schmieren! Die Folge dieser Schmiererei war Mafkulaturdruck der halben Auflage! Da erklärte aber der Prinzipal: „Ja, das hätten Sie doch als Fachmann wissen müssen, wenn das absolut nicht geht!“

Schluss: Entlassung dieses unbrauchbaren Arbeiters. Unter „Verschiedenes“ teilte ein Kollege mit, daß ihm die überforderte Zumutung bei dem Bedienen von zwei Maschinen gestellt worden sei, nachzuweisen, daß auch jede Maschine tatsächlich höchstens 54, Summa 108 Stunden Arbeit leistet. Redner führte aus der Praxis heraus den Nachweis, daß dieses unvernünftige Verlangen zu erfüllen einfach unmöglich ist. Nach einer von den Kollegen einer größern Druckerei äußerst lebhaft geführten Polemik über ihre eigene Arbeitsweise erfolgte Schluss der von 61 Kollegen besuchten Versammlung.

Silbesheim. In einer am 19. November abgehaltenen außerordentlichen Versammlung berichtete der Vorsitzende Spiländer über die am 18. November in Hannover zwecks Festsetzung der Lokalfußläge stattgegangene Kreisversammlung. Das Ergebnis dieser Sitzung entspreche leider ganz und gar nicht den gegebenen Erwartungen; der Lokalfußschlag ist für Silbesheim zwar von 3 Proz. auf 5 Proz. erhöht worden, aber erst vom 1. Januar 1909 ab, und auch dieses geringe Zugeständnis wurde erst nach langen Verhandlungen erreicht. In der Versammlung machte sich denn auch eine starke Mißstimmung geltend, und wurde das geringe sozialpolitische Verständnis der Prinzipale allgemein bedauert. Man beschloß aber dennoch, das wenige Erreichte anzunehmen im Hinblick darauf, daß außer Silbesheim auch noch mehrere andere Orte des Tarifkreises in bezug auf den Lokalfußschlag schlecht abgeschnitten haben. Hiernach gab der Kassierer Dannhauer die Abrechnung über die Ortsklasse. Unter „Verschiedenes“ wurde seitens des Vorsitzenden die in letzter Zeit unter den Vertrauensleuten eingetretene Bummellei energisch gerügt und dieselben aufgefordert, in Zukunft sich ihrer Pflicht mehr bewußt zu sein. Von dem Arbeitsnachweisverwalter Behrens wurde Klage geführt, daß sowohl von Seiten der Prinzipale wie auch der Gehilfen der Arbeitsnachweis noch immer nicht genügend gewürdigt werde. Er brachte einige derartige Fälle zur Sprache. Die Versammlung erkannte an, daß hierin unbedingt eine Veränderung eintreten müsse. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß das hannoversche Buchdruckerregister sich bereit erklärt habe, bei einem im Januar hier zu veranstaltenden Buchdruckerkongress mitzuwirken. Die Vertrauensmänner wurden damit beauftragt, die Vorbereitungen zu treffen. Gehilfenvorsitzender des hiesigen Tarifschiedsgerichtes ist Kollege Jos. Spiländer, Kesslerstraße 6 (nicht, wie vor kurzem im „Korr.“ zu lesen war, Kollege Holländt).

Silbesheim. Die am 11. November abgehaltene Versammlung beschäftigte sich nochmals mit den Tarifberatungen und der gegenwärtigen Situation. In der lebhaften aber sachlichen Debatte wurde unter anderem auch die jetzige Schreibweise des „Korr.“ scharf kritisiert. Vor den Schriftführern wurde in lebhafter Weise Stimmung gemacht für die im Tarifentwurf vorgesehene Positionen und diese als das Minimalste hingestellt, was die Gehilfenschaft gerechterweise beanspruchen könne, man lese nur die diesbezüglichen Ausführungen in den Beiratsberichten der Nr. 59 und 111; nach den Verhandlungen aber würden die so ungenügenden Zugeständnisse der Prinzipale über alles herausgestrichen. Ferner verwahrte sich die Versammlung gegen den in Nr. 131 des „Korr.“ enthaltenen Vorwurf, daß Logik und Konsequenz denjenigen Mitgliedern fehlten, die den neuen Tarif verwarfen und doch erhöhte Lokalfußläge gestellt haben. Erstens seien doch die An-

träge auf Erhöhung der Lokalfußläge bekannterweise schon vor den Tarifberatungen eingereicht worden, und war ferner die Versammlung der Ansicht, daß die immer mehr bekannt werdenden Zustimmungen der einzelnen Mitgliedskarten doch nur unter gewissen Voraussetzungen und da auch nur mit größtem Widerwillen zustande gekommen sind. Auch die sich bezüglich auf persönliche Momente hinüberziehenden Polemiken zwischen „Korr.“ und „Vorwärts“ wurden von der Versammlung verurteilt, da sie geeignet seien, momentan das Interesse von unseren großen Zielen, der Verbesserung unserer Lebenslage, abzulenken. In Anbetracht der von unseren Führern eingeschlagenen Linie, den Frieden im Gewerbe unter allen Umständen zu sichern, und im Hinblick auf unsern zehnjährigen Organisationsbeitrag wurde angeregt, der Frage auf Herabsetzung unserer Verbandsbeiträge zu gegebener Zeit, d. h. nach eventuell allgemeiner Annahme des jetzigen Tarifes, näher zu treten. Dann war man der Ansicht, daß unser jetziges Verbandsvermögen mit den noch in den Jahren hinzukommenden Zinsen genüge, um in jeder Beziehung gerüstet zu sein. Die Beiträge sollen dann nur in solcher Höhe erhoben werden, daß die Gesamteinnahmen sich mit dem Gesamtausgaben decken. Auch über die Teilung des Tarifkreises VIII (Berlin-Brandenburg) entspann sich nochmals eine lebhafte Debatte. Am Schlusse der sehr gut besuchten Versammlung machte der Vorsitzende noch bekannt, daß unser Ortsverein auf 50 Mitglieder gestiegen sei.

Ruhaven. (Differenzen bei der Firma G. Kaufmann-Platz & Sohn.) Der hiesige Ortsverein hielt am 21. November in dem Gasthause „Zur Herberge“ eine außerordentliche Versammlung ab. Sämtliche Mitglieder waren anwesend. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung die erfolgte Maßregelung unserer Kartelldelegierten. Zu der Versammlung war auf Wunsch der Mitgliedschaft unser Bezirksvorsitzender Köppler erschienen. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden, besonders unsern Bezirksvorsitzenden, begrüßt hatte, teilte er in kurzen Worten den Grund der heutigen Versammlung mit. Danach sind die bei der Firma G. Kaufmann-Platz & Sohn beschäftigten, von der hiesigen Mitgliedschaft gewählten Kartelldelegierten aufgefordert worden, ihre Tätigkeit im Kartelle einzustellen resp. ihre Posten niederzulegen. Die Kartelldelegierten hatten sich eine Bedenkzeit ausgedehnt, damit die gesamte Mitgliedschaft zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen könne. Nachdem die in Betracht kommenden Kartelldelegierten den Hergang der Angelegenheit geschildert und mehrere Redner, darunter auch unser Bezirksvorsitzender, ihre Ansicht geäußert hatten, dahingehend, daß die Forderung der betreffenden Firma einen Eingriff in unser Koalitionsrecht bedeute und damit zugleich auch unsere Verbandszugehörigkeit angegriffen würde, nahm die Versammlung einstimmig nachstehende Resolution an: „Die Mitgliedschaft Ruhaven protestiert entschieden gegen das von der Firma G. Kaufmann-Platz & Sohn gestellte Ansuchen, daß die bei ihr beschäftigten, der Mitgliedschaft angehörenden Kartelldelegierten ihre Posten im Kartelle niederlegen. Für die durch diesen Protest entstehenden Folgen treten die Mitglieder solidarisch ein.“ Es wurde dann der Beschluß gefaßt, da die Firma zum Donnerstagmorgen eine endgültige Antwort verlangte, derselben die Resolution zur Kenntnis zu bringen und weitere Schritte der Firma abzuwarten. Die Antwort war Kündigung der Kartelldelegierten und mit dieser zugleich die des bei der Firma beschäftigten Vorsitzenden, und zwar weil derselbe auf der Kreisversammlung in Hamburg bei Vertretung der Anträge der Mitgliedschaft betreffend Ruhaven und Helgoland einen sehr scharfen Standpunkt eingenommen haben soll. Es wurde dann vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß dies eine Kündigung des gesamten Personals nach sich ziehen würde, worauf der Inhaber der Firma erklärte, daß er die Konsequenzen seiner Handlungsweise tragen würde, und gleichzeitig durch Umfrage feststellen ließ, wer sich an der Kündigung beteilige. Diese Umfrage ergab die Einmütigkeit des gesamten Personals in der Angelegenheit. Das weitere ist abzuwarten.

Limburg (Nah). In Versammlungsberichten aus Wiesbaden in Nr. 135 erlaubt sich der Bezirkschriftführer (wahrscheinlich mit Genehmigung des Vorstandes) einige Unterstellungen gegen mich und die Mitgliedschaft Limburg, welche nicht der Wahrheit entsprechen. In der Bezirksversammlung in Limburg nahm ich Veranlassung, unsern Bezirksvorsitzenden zu rügen, weil er nach jedem Redner das Wort ergriff und so der Versammlung bringende wollte, daß nur die Meinung des Bezirksvorstandes maßgebend sei und die Mitglieder sich einfach hierin fügen müßten. Davon große Enttäuschung seitens des Herrn Vorsitzenden, welche so weit führte, daß er mir das Versammlungslokal verbieten wollte, was er sich natürlich noch einmal reichlich überlegte. Die Sache wurde aber vom Gesamtvorstande weiter verfolgt und dadurch die Versammlung in die Ränge gezogen, so daß einige Punkte nicht zur genügenden Erleuchtung kamen. Auch nach jedesmaligen Wortmeldungen meinerseits größte Opposition von Wiesbadener Kollegen. In der Versammlung vom 4. November in Ems habe ich mich während der Versammlung in jeder Weise anständig und sachlich verhalten, trotzdem das Protokoll der vorigen Versammlung mir Grund genug gegeben hätte, eine heisse Debatte zu veranlassen. Nachdem um 1/2 Uhr die Tagesordnung beendet, hat ich unter „Verschiedenes“ ums Wort, worauf mir Herr Wagner erklärte, ich hätte ihm erst zu sagen, worüber ich sprechen wollte. Die sich daran knüpfende Debatte nahm eine halbe Stunde in Anspruch,

so daß die Versammlung auf 3 Uhr vertagt werden mußte. Bei der Weitertragung kam ich als zweiter Redner und wurde daselbe Mandat wieder beliebt, worauf die Versammlung geschlossen werden mußte, ohne daß ich zum Worte kam. Daß ein Bezirksverein gegründet werden muß, ist jedem außerhalb Wiesbadens stehenden Kollegen klar, und daß Wiesbaden nicht imstande ist, den weitverzweigten Bezirk zu führen, auch. Erstens können sich die einzeln stehenden Mitglieder des Westermades durch schlechte Bahnverbindungen am Verbandsleben absolut nicht beteiligen, und zweitens ist die Agitationsfähigkeit dadurch bedeutend gehemmt, und daß diese notwendig, muß jedem klar sein. Daß jedes Mitglied nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist, am Versammlungsleben teilzunehmen, ist wohl jedem bewußt, es muß ihm aber auch die Gelegenheit dazu geboten werden. Die Bezirksvereinsgründung ist somit ein dringendes Bedürfnis und sollte höheren Ortes energisch erwogen werden. Den zweiten Hinweis, daß die Mitgliedschaft Limburg erst kaputtgesetzt werden möge, kann ich nur an Wiesbaden zurückweisen, denn wir haben dies bis jetzt bewiesen und werden es weiter tun, so daß Wiesbaden sich an uns ein Beispiel nehmen mag. Der Bezirksvorstand in Wiesbaden soll ja nicht glauben, daß die auswärts stehenden Mitglieder so sehr mit ihm harmonieren, das hat die vorletzte Bezirksversammlung und die Protokollverlesung der letzten bewiesen, denn es wurden genugsam Stimmen laut, die dies verurteilten und mir ihre Sympathie bekundeten, denn die Störungssucht lag nicht auf meiner, sondern auf Vorstandsseite. J. Franke.

Die (Ostpreußen). Der neue Buchdrucker tarif hat auch für die Provinzpreise Stoff zu allen möglichen und unmöglichen Kommentaren gegeben. Namentlich die Blätter, die sonst von der Einführung des Tarifes in ihren Druckereien nichts wissen wollen, finden nun mit einem Male heraus, daß der neue Buchdrucker tarif zum Segen des Gewerbes gereichen wird. So schreibt in ihrer Nummer vom 21. November die in Insterburg erscheinende freisinnige „Ostdeutsche Volkszeitung“ zum Schlusse eines Artikels über „Gewerkschaftliche Taktik“: „Das Beispiel der Buchdrucker beweist, daß die verständige Taktik der deutschen Gewerbetreibenden mit dem Kampfe, so lange es mit der Ehre der Arbeiter zu vereinbaren ist, zurückzuführen, sich durchaus bemüht. Alle Streiks der Vergangenheit haben den Arbeitern der betreffenden Branchen keinen so erheblichen praktischen Erfolg gebracht, wie er von den Buchdruckern erreicht wurde auf Grund der in Deutschland zuerst von Dr. May Hirsch, dem Begründer der deutschen Gewerbetreibenden, empfohlenen friedlichen Einigung in Schiedsgerichten und Tarifverträgen.“ Die Abonnenten der „Ostdeutschen Volkszeitung“, die zum weitesten größten Teile dem Handwerker- und Arbeiterstande angehören, werden nun sicher der Meinung sein, daß Verlag und Druckerei der „Ostdeutschen Volkszeitung“ den Buchdrucker tarif, doch ganz gewiß anerkannt haben. Doch weit gefehlt! Gerade in dieser Druckerei herrschen ziemlich trostlose „Verhältnisse“ für die Gehilfenschaft. Nach dem Jahresberichte des Gaues Ostpreußen für das Jahr 1905 werden in genanntem Betriebe (Firma Otto Mahrtke) beschäftigt sieben Gehilfen, keine Lehrlinge. Neben diesen Gehilfen arbeiten 19 Seegerinnen, welche Wochenlöhne von 1 bis 8 Mk. erhalten (!) Arbeitszeit neun Stunden ausschließlichs Pausen. Entlohnung der Gehilfen: außer dem Geschäftsleiste 18 bis 30 Mk. wöchentlich. Ueberstunden werden mit 30 bis 50 Pf. bezahlt. Ferien erhielt das Gesamtpersonal eine Woche bei voller Entlohnung. Die „Ostdeutsche Volkszeitung“ brauchte wirklich nicht ihr arbeiterfreundliches Herz früher zu zeigen, als bis in ihrem eignen Betriebe die tariflichen Bedingungen eingeführt sind. Werden im Jahresberichte für 1905 nur 19 Seegerinnen bei 7 Gehilfen aufgeführt, so wird man nicht festlegen, wenn das „garte“ Geschlecht sich inzwischen noch vermehrt hat. Geradezu köstlich ist es aber, daß einer der dort stehenden Gehilfen jüngst eine Seegerin zum Standesamte führte, wahrscheinlich um so dem Seegerinnenwesen zu feuern. Na, numben dürften sich die Insterburger auch gar nicht, wenn der allezeit „finbige“ Herr Geschäftsleiter Lehmann bei seinen Seegerinnenanwerbungen darauf hinweist, daß das Mädel gleich gute Aussicht hat, baldigt einen Seeger zu heiraten. Zutrauen wäre dem schlauen Bundesbruder dieser Kritik. Gleichgültig wollen wir auch noch die andre Insterburger Zeitungsdruckerei ein wenig beleuchten. Es ist dieses das „Ostpreussische Tageblatt“ (August Duandel). In dieser Zeitungsdruckerei werden neben 7 Gehilfen nur 15 Seegerinnen und 2 Lehrlinge beschäftigt. Daß auch dieses konservative Blatt mit dem neuen Buchdrucker tarife einverstanden ist, den alten aber bisher noch nicht einmal eingeführt hat, ist ganz selbstverständlich. Auch hier werden zurzeit eher mehr Seegerinnen arbeiten als im Jahre 1905. Erklärte doch der Herr Prinzipal erst kürzlich, daß es ganz unmöglich für ihn sei, ohne Mädchen zu wirtschaften. Theorie und Praxis werden auch bei den Insterburger Druckereibesitzern so lange zwei verschiedene Dinge bleiben, bis die Gehilfen einsehen, daß das Gebaren der Herren Prinzipale, um mit der „Ostdeutschen Volkszeitung“ zu sprechen, „mit der Ehre der Arbeiter nicht mehr zu vereinbaren ist“.

Magdeburg. (Maschinenmeisterversammlung.) Am 11. November fand in der „Reichshalle“ eine Allgemeine Maschinenmeisterversammlung statt, in welcher Kollege Hesselearts-Weipzig über „Die deutsche Maschinenmeisterbewegung und deren tarifliche Spezialabmachungen“ referierte. Vorerst gab der Vorsitzende E. Hermann unter „Vorstandsbericht“ verschiedene interne Angelegenheiten bekannt und drückte den Wunsch aus,

daß auch die heute erschienenen Verbandskollegen, welche dem Maschinenmeisterverein noch nicht angehören, den Beitritt nun vollziehen möchten, da wir nur durch geschlossenes Zusammenarbeiten zum Ziele gelangen können. Hierauf schloß der Referent in seinem zweifelhafteigen Referate den Ausschluß unserer Sparte, unter Aufhebung aller Kämpfe, welche wir bis vor nicht so langer Zeit noch durchzuführen hatten, und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß es uns durch jahrelange Arbeit gelungen sei, nunmehr bei der Festlegung unserer Arbeitsbedingungen mitwirken zu können, wie dies bei den diesjährigen Tarifberatungen der Fall war. Nunmehr ging Redner auf die einzelnen festgelegten Spezialbestimmungen näher ein, hervorhebend, daß wir zwar nicht alles das errungen hätten, was wir auf unserem Kongresse in Berlin angenommen haben, aber die Druckereiparten hätten nach allen Seiten versucht, das Weitergehende für die deutschen Druckerkollegen herauszuschlagen; ein Mehr war ihnen trotz aller Anstrengungen nicht möglich, da prinzipiellseitig sehr hart gegen unsere Bestimmungen gekämpft wurde. Als ein Fortschritt für unsere Beruf bezeichnete Redner folgende Punkte: 1. An allen Buchdruckmaschinen müssen gelehrte Drucker beschäftigt werden (also auch Ziegelpresse); 2. die Festlegung der technischen Arbeiten; 3. an Rotationsmaschinen (sofern dieselben mehr als 16seitig) müssen zwei Drucker beschäftigt werden; 4. für Spezialmaschinen einschl. Anlageapparat gilt das Einmachensystem; 5. mehr als zwei Maschinen darf ein Drucker dauernd nicht bedienen. Betreffs des Punktes 5 erläuterte Redner diese Angelegenheit sehr präzis. Zum Schluß forderte Redner die Versammelten auf, den Spezialbestimmungen ihre Zusage nicht zu versagen und bei Beurteilung dieser Fragen alle Momente mit zu betrachten, welche bei Lösung dieser Angelegenheit notwendig waren. Wenn bei Einführung des neuen Tarifes unsere Druckerkollegen auf dem Posten seien, so sei auf alle Fälle ein Fortschritt für unsere Sparte zu verzeichnen; darum sei es Pflicht aller Kollegen, mit zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß das Errungene voll und ganz zur Durchführung kommt. In der hierauf stattfindenden Diskussion gingen mehrere Redner auf die Ausführungen des Kollegen Gesselbath näher ein und brachten ihre persönlichen Bedenken zum Ausdruck. Auch wurde gewünscht, daß unsere Zentralkommission vor dem 1. Januar ein Rundschreiben verfasse, worin die deutschen Maschinenmeister über ihre Spezialbestimmungen aufgeklärt werden, so daß für die Zukunft Irrtümer ausgeschlossen sind. Nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 11. November in Magdeburg versammelten Maschinenmeister erklären sich mit den neuen tariflichen Bestimmungen für Maschinenmeister einverstanden, und zwar mit der Voraussetzung, daß die zu Protokoll und Kommentierung festgelegten Bestimmungen über Maschinenbedienung, wonach überall dort, wo das Einmachensystem eingeführt ist, durch diese neue Bestimmung eine Verschlechterung nicht Platz greifen darf, volle Anwendung findet.“ Zum Schluß forderte Kollege Ghermann die Versammelten auf, in Zukunft alle Versammlungen zu besuchen, so daß der Magdeburger Maschinenmeisterverein den übrigen Spartenvereinen in nichts nachstehe.

Sp. Neuf. Eine so zahlreich besuchte Versammlung von Neuen Kollegen hatte unser Vereinslokal noch nicht aufzuweisen gehabt wie die am 17. November abgehaltene Allgemeine Buchdruckerversammlung, zu welcher die Nichtmitglieder mittels Zirkular eingeladen worden waren und beinahe alle der Einladung Folge geleistet hatten. Der Vorsitzende Amrath begrüßte die Erschienenen und richtete einen warmen Appell an die Nichtmitglieder, nicht mehr zu zögern und unserer Organisation beizutreten. Bezirksvorsitzender Born-Diffendorf sprach sodann über: „Die Geschichte unseres Verbandes und der neue Tarif.“ Redner löste seine Aufgabe in bekannter Weise, indem er die Zuhörer durch seinen Vortrag zu fesseln verstand. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er die Nichtmitglieder auf, dem Verbandsbeitritt, welcher Aufforderung fünf Kollegen nachtraten. (Weitere Nichtmitglieder werden wir in nächster Zeit als Mitglieder begrüßen können.) Lebhafter Beifall belobte den hier geschätzten Redner für seine Ausführungen. Auch fand die am 14. November in Krefeld abgehaltene Kreisamtsitzung kurz Erwähnung und wurde der Versammlung bekannt gegeben, daß der bisherige Votalspruch von 7 1/2 Proz. bestehen geblieben sei. Ausführlich wird in der nächsten Versammlung Kollege Speker hierüber berichten.

ch. Speier. (Maschinenmeisterklub.) Die Versammlung vom 12. November befaßte sich mit dem neuen Tarife, soweit dieser die Sparte der Maschinenmeister betrifft. Nach eingehender Debatte erklärten sich die Kollegen mit den Abmachungen einverstanden, da dieselben für die Provinz (wenn in allen Punkten durchgeführt) schon einen großen Fortschritt bedeuten. Des weitern wurden zum wiederholten Male einige Mißstände in zwei hiesigen Offizinen besprochen. Mit dieser Angelegenheit befaßten sich schon drei Bezirksversammlungen, welche jedoch zu keinem Resultate führten, da trotz Versammlungsbeschlusses von Seiten des Bezirksvorsitzenden noch keine Schritte in der Sache unternommen wurden. Es ist allerdings auch leichter, den neuen Tarif zur Ablehnung zu empfehlen und die „Korr.“-Redaktion betreffs ihrer Schreibweise zu verdammen, als obengenannte tarifliche Mißstände aus der Welt zu schaffen. — Bemerkenswert ist noch, daß am 16. Oktober ein Vortrag des Herrn D. Sievers vom Hause Rodtroy & Schneider stattfand. Das Thema lautete: „Die moderne Drucktechnik unter Berücksichtigung des Prägedruck- und Stanzver-

fahrens“. Der Referent entlebte sich seiner Aufgabe an der Hand der ausgelegten Druckfäden in vorzüglicher Weise und wurde ihm am Schluß der Dank aller Anwesenden ausgesprochen. Der Firma Rodtroy & Schneider sei auch an dieser Stelle für das bereitwilligste Entgegenkommen unser besonderer Dank ausgesprochen.

p. Stendal. In gegenwärtiger Zeit, welche die Bogen der Diskussion über den neuen Tarif immer noch hoch gehen läßt, und in welcher das Für und Wider derselben wie Flut und Ebbe mit einander wechseln und in unzähligen Artikeln und Korrespondenzen den Mitgliedern des Verbandes vor Augen geführt werden, ist es nicht nur als eine angenehme Umwechslung unter den Berichten der einzelnen Ortsvereine zu betrachten, sondern gleichfalls von Interesse für unsere Mitglieder, wenn endlich von der Gründung eines Ortsvereins in Stendal, der Druckmetropole der Altmark, am 18. November berichtet werden kann. 20 Mitglieder zählt dieser neue Zweig des mächtigen Verbandsbaumes, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß in nächster Zeit demselben weitere Kräfte zugeführt werden können. Ist doch eine Anzahl der noch vorhandenen Nichtmitglieder bereits im Verbandsgeheimen und sich dessen wohl bewußt, wie mannigfach derselbe seiner Angehörigen zur Seite steht. Ferner gebührt besonders hervorgehoben zu werden das mit der Gründung des Ortsvereins verbundene 25jährige Verbandsjubiläum des Kollegen Egbert Kleinfäuber. Beide Momente hatten unsere Verbandsvorsitzenden E. Böllin veranlaßt, der Einladung der Kollegen seiner Vaterstadt Folge zu geben, um in einer Allgemeinen Buchdruckerversammlung über Zweck und Ziele des Verbandes sowie über die gepflogenen Tarifverhandlungen und den Organisationsvertrag zu referieren. Der Ortsverein in Magdeburg war durch eine Delegation vertreten, ferner waren Mitglieder aus den altmärkischen Druckorten Bismark, Garbelegen, Seehausen und Tangermünde erschienen. Da auch der größte Teil der Nichtmitglieder Stendals sich eingefunden hatte, ließen es sich Böllin, Held-Magdeburg (welcher in Vertretung des Bezirksvorsitzenden Herwig amfand) sowie der neugewählte Ortsvereinsvorsitzende H. Hertwig nicht nehmen, denselben recht eindringlich vor Augen zu führen, welche Vorteile ihnen als Verbandsmitglieder erwachsen. War der Erfolg auch kein augenblicklicher, so läßt er vernünftlich nicht lange auf sich warten. Die anwesenden Nichtmitglieder zeichneten sich nämlich nur deshalb in eine bereit gehaltene Anmeldebüste zum Verbandsbeitritt ein, weil keiner von ihnen — der erste sein wollte! Diese Art „Bescheidenheit“ war hier wohl nicht am Platze. Die beruflichen Verhältnisse Stendals seien kurz mitgeteilt. Von sieben Druckereien sind vier nunmehr tariflos. Den 20 Mitgliedern steht ungefähr die gleiche Zahl an Nichtmitgliedern gegenüber. Mancher Bezirksvorsitzer des Bezirks Magdeburg, dem die Altmark angegliedert ist, hat hier sein bestes Können eingesetzt, um für uns Wobden zu gewinnen; und ist dies unter den Fittichen der Tarifgemeinschaft endlich gelungen, so kann der Verbandsjubiläum Kleinfäuber diesen Fortschritt mit als sein Werk betrachten. Stand er doch oft isoliert in Stendal und hat außerdem den jeweiligen Bezirksvorsitzer bei den unternommenen Agitationen in der Altmark stets nach Kräften unterstützt. Gerechtfertigt waren deshalb die verschiedenen Ehrungen, die dem Jubilare zuteil wurden, bestehend in Geschenken, Telegrammen und weiteren schriftlichen Gratulationen, zum Teile in poetischer Form. Alles namentlich aufzuführen, mag des Platzmangels wegen erlassen werden; soviel ist gewiß, daß dem Kollegen Kleinfäuber damit dauernde Erinnerungen an seinen Ehrentag überreicht worden sind. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange für unsere gerechte Sache zu wirken, wozu ihm ja als Mitglied des Ortsvereinsvorstandes Stendal die beste Gelegenheit geboten ist, und möge dieser für Stendal denkwürdige Tag der gesamten Altmark eine „moderne Richtung“ geben. Herrn Buchdruckerbesitzer Max Spahn sei an dieser Stelle noch besonders gedankt für die kostenlose Herstellung der Druckfäden zu den getroffenen Arrangements.

Straubing. In der am 20. November abgehaltenen, gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Vertrauensmann Keller über den Verlauf der am 18. November in München abgehaltenen Kreisamtsitzung des Kreises V. Die anwesenden Kollegen gaben sich mit den Ausführungen ihres Delegierten zwar zufrieden, verhehlten aber ihre Mißstimmung darüber nicht, daß der Votalspruch erst in zwei Jahren zur Einführung gelangen werde. Man war allgemein der Ansicht, daß unsere an und für sich schon minimalen Forderungen wohl mehr Entgegenkommen seitens der Prinzipale verdient hätten. Zum Schluß wurde noch dem Delegierten für seine Mißverwaltung der Dank der Versammlung zum Ausdruck gebracht.

r. Worms. (Graphischer Klub.) Die am 11. November abgehaltene Versammlung nahm den Bericht des Kollegen Karl Düren aus Frankfurt über den Vertretertag des Verbandes der deutschen Typographischen Gesellschaften zu Leipzig am 23. September entgegen. Den sachlichen Ausführungen des Referenten war man aufmerksam gefolgt, zumal einige Punkte das Interesse der Mitglieder beanspruchten. Die nach dem Vortrage gepflogene Diskussion bezeichnete die Einteilung des Verbandes der D. T. G. in Kreise als einen Fortschritt, denn durch eine solch engere Verbindung werden die Vortragsweisen und das Anschauungsmaterial mehr gepflegt und die Kollegenschaft zu erneuten Anregungen herangezogen. Es wurde ferner dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Prinzipale die Schriftproben, Musterblätter usw. der Schriftgießereierzeugnisse ad acta legen

und nicht ihrem zuständigen Personale zur Verfügung stellen. Kollege Düren gab auf alle an ihn gestellten Anfragen bereitwilligst auffällende Antwort und die Versammlung gewann den Eindruck, in D. einen Kreisvorsitzenden zu haben, der mit besonderem Fleiß und Eifer sich auch den Kreisorten widmet. Die während der Versammlung aufgestellten Druckfäden, gestiftet vom Kollegen Düren, werden demnächst einen Diskussionsabend ausfüllen. Ein Preisanschreiben einer Neujahrskarte wurde in die Wege geleitet, dagegen der für nächste Zeit vorgesehene Inzeratenwettbewerb umständlicher zurückgestellt. — Am 18. November fand im „Binkeln“ eine gesellige Abendunterhaltung statt, die sehr gemüthlich verlief.

Zeitz. (Maschinenmeisterklub.) Endlich nach langer Zeit ist es gelungen, auch am hiesigen Orte einen Maschinenmeisterklub ins Leben zu rufen. Aus diesem Anlasse fand am 18. November eine Maschinenmeisterversammlung statt, in welcher Kollege Gesselbath aus Leipzig in einleitendem Vortrage den vollständig erschienenen Kollegen den Zweck und die Ziele der Spartenvereinigungen vor Augen führte, um zum Schluß die Kollegen aufzufordern, auch am hiesigen Orte sich ihrer Pflichten zu erinnern und der Bewegung beizutreten. In der Diskussion stimmten alle Redner den Ausführungen des Kollegen Gesselbath vollkommen zu, und hatte derselbe die Genehmigung, daß sich der Klub sofort bilde und sämtliche Kollegen (alle Verbandsmitglieder) gleich beitreten.

Rundschau.

Wie es die Segmaschinenreisenden treiben, und mit welchen scheinbar weitgehendsten Entgegenkommen sie manchen Prinzipal, der vielleicht gar nicht so ernsthaft an die Aufstellung einer Segmaschine denkt, geneigt machen, auf den vorgehaltenen Köder anzubeißen, darüber lesen wir in der „Buchdruckerwoche“ folgendes bezeichnende Geschichtchen: In einem westfälischen Städtchen hatte ein Buchdruckerbesitzer von einem Reisenden eine Segmaschine erworben. Am nächsten Tages sprach der Vertreter einer zweiten Fabrik vor. Als er hörte, daß der betreffende Zeitungserleger tags vorher bei einer andern Fabrik sich gebunden, glaubte er ihm ein besonders günstiges Angebot machen zu müssen, indem er außerdem die Abnahme zweier Maschinen den Verkauf der tags vorher erstandenen seitens seiner Fabrik vollzog. Als der Vertreter der ersten Fabrik davon hörte, machte er seinen Käufer auf das Ungelegliche seiner Handlung aufmerksam; denn da die Maschine weder aufgestellt noch eine Anzahlung geleistet worden, war sie ja tatsächlich Eigentum der Fabrik. Auch ein Zurücktreten des Käufers wies der Vertreter zurück, da der Vertrag zu Recht bestand. Man kann sich die Verlegenheit des Käufers denken, der nun drei „eiserne Kollegen“ besaß! Er entschloß sich schließlich zu einer Waise nach Berlin, wo er mit der Segmaschinenfabrik, die ihm zwei Maschinen liefern wollte, verhandelte, als dessen Endergebnis er die Maschine bar bezahlte, und diese aus seinen Händen an die andre Maschinenfabrik übergab. — Wir gehen gewiß nicht in der Annahme fehl, daß solche Tricks öfter versucht werden und schon mancher Prinzipal auf diese Weise zu einer Segmaschine kam, ohne eigentlich zu wissen, wie.

Wieder einmal durchgeschlüpft ist der bekannte Druckergründer Steinweg. Zwar wissen wir nicht, wer eigentlich — ob Vater oder Sohn — diesmal die Ehre hatte, vor der Bonner Strafkammer sich wegen Betrugs zu verantworten. Genug, der Angeklagte hieß Max Stefan Steinweg und gehört zur Familie der bekannten Steinwegs, die seit vielen Jahren mit ihren Druckergründungen von sich reden machen, die jedoch immer wieder Personen finden, welche diese fragwürdigen Geschäftsgründungen aufkaufen. In dem zur Besprechung stehenden Falle war ein jetzt in Potsdam lebender Journalist der Kläger, weil er mit einem von Steinweg in Beuel erworbenen Zeitungsgeschäft (Objekt 23000 Mk.) bereingefallen ist. „Beueler Volksblatt“, amtliches Publikationsorgan für die Bürgermeisterei Beuel, nannte sich diese Steinwegsche Gründung. Das Blatt sollte eine bedeutende Abonnentenzahl haben, eine Anzahl Filialabonnitionen besitzen, und der Herr Bürgermeister sollte selbst die Veranlassung zur Gründung des Weltblattes in Beuel gegeben haben. Es war also alles tipp top. In Wirklichkeit lagen die Dinge aber so: Abonnentenzahl gleich Null, die Nummern wurden zumeist gratis verteilt. Die Filialabonnitionen waren nur auf dem Papiere vorhanden. Der Bürgermeister hatte auf eine Anfrage Steinwegs diesem nur über die örtlichen Verhältnisse Auskunft gegeben. Inzerate wurden mit 75 Prozent Rabatt berechnet, und überhaupt nur solche zu bekommen. Das gutgehende Abzugsgeschäft bestand auch nur in der Phantasie Steinwegs, denn die wenigen Aufträge wurden so billig berechnet, daß von einem Verdienste gar keine Rede mehr sein konnte. Steinweg schützte dem Käufer gegenüber vor, er wolle das Geschäft nur aufgeben, weil seine Frau durchaus wieder nach Süddeutschland zurück wolle. Dem Steinweg warf also die Anklage vor, den Käufer um 10000 Mk. betrogen zu haben, und der Staatsanwalt beantragte demgemäß drei Monate Gefängnis. Das Gericht gelangte jedoch zur Freisprechung mit einer Begründung, die jeden Kaufstüger von Drucker zur allergrößten Vorsicht gemahnt. Nach dem „Generalanzeiger für Bonn und Umgegend“ führte das Bonner Landgericht aus: Das Reichsgericht habe zu verschiedenen Malen erklärt, daß solche Redereien, wie sie bei der Empfehlung eines Geschäfts über dessen Rentabilität gang und gäbe seien, für den Beweis eines Be-

trugs nicht in Betracht kommen könnten. In solchen Fällen müsse vertraglich festgelegt werden, was der Verkäufer dem Käufer als sicher garantierte. Im vorliegenden Falle seien die Angaben des Angeklagten nur als Renommee aufzufassen, und darauf habe der Käufer nicht bauen können. Es sei seine Sache gewesen, sich genaue, detaillierte Angaben machen zu lassen.

In der Tarifbewegung der Leipziger Druckereihilfsarbeiter ist es mit Anfang dieser Woche nicht zur sofortigen Arbeitsniederlegung gekommen. Es fand aber am Vormittage des 26. November (Montag) eine Versammlung statt, um über das Ergebnis der an die Prinzipalitäten gerichteten Forderungen resp. die Aufnahme des eingereichten Tarifes den Bericht entgegenzunehmen. Mangels direkter Mitteilungen können wir uns nur auf die Angaben der Tagespresse stützen. Die Versammlung beschloß, in die von den Druckereibesitzern angebotenen Tarifverhandlungen nur dann einzugehen, wenn der Tarif vom 25. November an einseitigen gelten sollte und niemand wegen Beteiligung an der während der Arbeitszeit stattgehabten Versammlung gemahnt werden würde. Am Nachmittage nahm dann das Hilfspersonal fast sämtlich die Arbeit wieder auf, obwohl zunächst in den einzelnen Betrieben Schwierigkeiten gemacht wurden.

Auch in Hannover ist die Tarifbewegung der Buch- und Steinrudereihilfsarbeiter akut geworden. Es wurde ein Tarif mit dreijähriger Gültigkeitsdauer überreicht, nach dem für männliche Arbeiter im Alter von 15 Jahren der Lohn 12 Mk. (in Leipzig 9 Mk.) betragen soll, steigend in Zulagen bis 22 Mk. (21 Mk.) im Alter von 20 (21) Jahren. Dann folgen halbjährliche Zulagen von 50 Pf. bis zur Höchstgrenze von 24 Mk. gemahnt werden, die auch für besondere Arbeiter gilt. Unergriffen sollen einen Anfangslohn von 12 Mk. (in Leipzig 11,50 Mk.) erhalten, der halbjährlich um 50 Pf. aufgebessert, eine Steigerung bis 15 Mk. erfährt. Für durch diesen Minimaltarif nicht betroffene Personen wird eine zehnprozentige Kohnerhöhung gefordert, außerdem wird die Abschaffung des Akford- und Prämienystems verlangt.

Im Mai 1907 soll in Kopenhagen eine internationale graphische und Zeitungsausstellung stattfinden, die von dem Vereine dänischer Fachblätter und Zeitschriften arrangiert wird (Abresse: Redakteur Svend Ringer, Kopenhagen B, Colbjørnsensgade 14). Diese Ausstellung soll umfassen: Fachblätter und Zeitschriften jeder Art aus allen Ländern, eine historische Abteilung für die periodische Presse, Maschinen für Buchdruck und Buchbinderei, graphische Kunst wie Chemigraphie, Xylographie, Steindruck, Buchdruck, Photographie, Lichtdruck und Lichtkopieren usw. und eine Abteilung für modernes Reklamewesen.

Presseprozesse von weittragender Bedeutung sind in den letzten Wochen mehrfach verhandelt worden. Wer es noch nicht gewußt hat, daß das Pressegesetz dieselben erstaunlichen Auslegungen findet wie das Strafgesetz und die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, wenn die Verfolgung der Arbeiterpresse in Frage steht, der wird von diesen Justizaktionen sich eines andern, wenn auch nicht eines bessern belehren lassen müssen. Der Arbeitersekretär König in Dortmund zeichnete für eine „Die Wahrheit“ betitelte Monatsbeilage der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ als Verleger. In diesem Monatshefte war ein „Ein Jahr der Revolution“ überschriebener Artikel erschienen, in welchem die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen den § 130 des Strafgesetzbuches, also eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickte. Verantwortlicher Redakteur für das genannte Heft ist der Reichstagsabgeordnete Stülcken. Da diesen die Immunität als Abgeordneter bis zu einem gewissen Grade davor schützt, zur Verantwortung gezogen zu werden, so nahm sich die Anklagebehörde den als Verleger fungierenden Arbeitersekretär aufs Korn, obwohl dieser darlegte, daß er mit dem Inhalte der Zeitung gar nichts zu tun habe, überdies den Artikel vor der Drucklegung auch nicht gelesen habe. Das Landgericht Dortmund ließ diese berechtigten Einwände jedoch nicht gelten, sondern verurteilte König zu zwei Monaten Gefängnis, weil es den Redakteur Stülcken während der Reichstagsstagung nicht fassen konnte. Es debuzierte und „stellte fest“, daß König, weil er ein in der sozialdemokratischen Bewegung seines Bezirks hervorragender tüchtiger Mann sei, auch den Artikel vor dem Drucke gelesen haben müsse, und daß damit auch seine Mittäterchaft festgelegt sei. Und das Reichsgericht erkannte, daß die Täterchaft Königs einwandlos frei festgestellt sei, weswegen es die Revision desselben verworft! — Eine mehr praktische Bedeutung hat ein andres Reichsgerichts Urteil. Das bekannte, im Januar ausgegebene preußische Wahlrechtsflugblatt — in der „Vorwärts“-Buchdruckerei in Berlin hergestellt — gab dem Staatsanwalt in Stade Anlaß zum Einschreiten gegen den Geschäftsführer des in Harburg erscheinenden „Volksblattes“, weil das in deren Verbreitungsgebiete verteilte Flugblatt wohl den verantwortlichen Redakteur, nicht aber den Verleger genau bezichnete. Das Jmpeachment mißte aber deutlich auch den Namen und den Wohnort des Verlegers erkennen lassen, da es sonst gegen die Vorschriften des Pressegesetzes verstöße. Das Reichsgericht, sich auch auf in früheren Jahren ergangene Entscheidungen in dieser Frage stützend, verworf die gegen die Verurteilung des Harburger Geschäftsführers eingelegte Revision. — Ein dritter Fall spielte in Breslau, wo von der Strafkammer der Geschäftsführer der dortigen Parteidruckerei zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde,

weil er nicht dafür Sorge getragen, daß auf Keinen Wahlzetteln auch der Verleger deutlich angegeben worden ist. Man sieht, es kann bei solchen Drucksachen gar nicht genug Sorgfalt bezüglich des Impressums verwendet werden.

Dr. Anita Augspurg, die bekannte Frauenrechtlerin, hatte in der vorigen Woche vier Tage lang die Anklagebank des Hamburger Landgerichtes zu brüden wegen angeklagter Beleidigung der Hamburger Polizei. Dieser sensationelle Prozeß bildet ein Nachspiel der am 17. Januar in Hamburg von den „Halbstarke“ inszenierten Schoppenstößelkrawalle, die auf diese Weise die Hamburger Wahlrechtskampf demonstrationen fruchtbarisierten. Es ist ja bekannt, daß die Hamburger Polizei bei dem Vorgehen gegen diese Elemente in rücksichtsloser Weise auf Leute attackierte, die in keiner Weise an diesen Ausschreitungen beteiligt waren. Fräulein Anita Augspurg war Zeuge dieser Vorgänge und soll ihrer Entrüstung über das brutale Eingreifen der Schutzleute in scharfen Worten Ausdruck gegeben haben. Außerdem behandelte sie in einem Eingehenden „Untaten der Polizei“ mit voller Namensunterzeichnung in einem Hamburger Blatte diese Vorgänge. Obwohl eine ganze Reihe von Zeugen die Behauptungen der Schutzleute entkräftete und deren Vorgehen ebenfalls als rücksichtslos charakterisierte, wurde Frä. Augspurg doch zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.

August Dreesbach, seit 1898 sozialdemokratischer Vertreter für die Stadt Mannheim im Reichstage, wurde am 25. November bei einem Spaziergange durch einen Sport in Berlins Umgebung von einem Hergschlage ereilt und war in wenigen Minuten tot. Dreesbach ist am 13. August 1844 in Düsseldorf geboren und erlernte den Tischlerberuf. Er schloß sich recht frühzeitig dem sozialdemokratischen Arbeitervereine an, war ein eifriger Agitator für die junge Arbeiterbewegung und sehr erfolgreich in seinem Wirken. Als im Oktober 1877 das erste sozialdemokratische Parteiblatt — das „Badische-pfälzische Volksblatt“ — erschien, zeichnete Dreesbach dasselbe verantwortlich. Dreesbach war Vertreter der Sozialdemokratie im Mannheimer Stadtparlament, im badischen Land- und im deutschen Reichstage. Für die badische Arbeiterbewegung hat er sich recht verdient gemacht, in seiner gesellschaftlichen Stellung bekleidete er den Posten eines Geschäftsleiters der Mannheimer Parteidruckerei.

Die Gewerbevereine wählen in Essen haben den christlich-nationalen Arbeitern einen größeren Stimmenzuwachs gebracht als den freien Gewerkschaften. Ertere gingen nämlich von 7554 Stimmen bei der letzten Wahl auf 8752 diesmal herauf, während unsere Organisationen von 7164 auf 7962 Stimmen zunahmen. Die Christlich-Dunderschen Gewerbevereine hatten eine besondere Liste aufgestellt, auf die 1180 Stimmen entfielen. Da in Essen nach dem Proportionalssystem gewählt wird, verhielten sich diesem Stimmenverhältnisse die christlichen Gewerkschaften nicht, die freien Vereine und die Christlich-Dunderschen einen Sitz im Gewerbegerichte.

Die Vertreterwahlen zu Wiesbadener Ortsfrankenliste erbrachten für die Liste des Gewerkschaftsartikels 1410 Stimmen, für die Christlichen wurden im ganzen 420 abgegeben.

Dem Arbeiter Biewald in Breslau soll laut einer vom Landgerichte erlassenen einstweiligen Verfügung von der dortigen Stadtverwaltung eine vierteljährliche Rente von 175 Mk. bis zum endgültigen Ausgange des Schadenersatzprozesses gezahlt werden.

50000 Mark Schadenersatz vom Gewerkschafts-Fartelle Mannheim verlangen die dortigen Innungsmeister wegen eines über sie verhängten Boykottes. Die Deutschen scheinen samt ihrem Anwalte keine Ahnung von dem Reichsgerichts Urteile vom 7. Juli d. J. zu haben, welches den Boykott als ein zulässiges Kampfmittel erklärt.

Ein Landfriedensbruchprozeß gegen christlich organisierte Arbeiter — die 15 angeklagten Personen, worunter zwei weibliche, waren wenigstens überwiegend christliche Gewerkschaftler — fand vor der Magdener Strafkammer statt. Ein Ausstand bei einer Sodafabrik in Wilsleben, in Verfolg dessen es gelegentlich eines Arbeitswilligentransportes zu einem Menschengauflaufe und zu Zusammenstößen kam, gab wieder Anlaß zu dem jetzt so „beliebten“ Landfriedensbruchverfahren. Ein Angeklagter wurde wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen, ein Gewerkschaftsbeamter erhielt vier, alle übrigen Angeklagten drei Monate Gefängnis. Man kann sich denken, daß dieses Urteil die christlichen Arbeiter konsternierte. Wir haben angesichts der vielen in diesem Jahre vorgekommenen Streitprozesse, für welche Staatsanwalt und Gerichte den Landfriedensbruchparagrafen herangezogen, gegen diese neue Methode entschieden protestiert. Und in nicht wenigen dieser Fälle gab die in der Verhandlung erfolgte Auscheidung dieses schweren Deliktes ja auch uns und der Arbeiterpresse recht, daß eine solche Aufbauschung von gewiß unnötigen, meistens aber begreiflichen und entschuldbaren Zusammenstößen nichts anderes als eine künstliche Beschädigung der Massenjustiz ist. Selbstverständlich haben wir diese Meinung auch von dem Magdener Prozeße, für den christlich Organisierte als die egyptierenden Elemente in Betracht kamen. Leider vermißt man in der christlichen Gewerkschaftspresse eine solche objektive Beurteilung. So lange freie Gewerkschaftler in derartige Prozesse verwickelt wurden, setze in derselben prompt das Gezeiter über sozialdemokratischen Terrorismus ein. Der Würseler „Terrorismus“-Fall dürfte diesem unsinnigen und unaufrichtigem Benehmen wohl ein Ende bereiten.

Im Reichstage hat der Gesetzesentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bis Schluß dieser Nummer drei Tage in erster Lesung zur Beratung gestanden. Da jedoch ein vierter Beratungstag (Dienstag) wenigstens noch nötig war, können wir erst in der nächsten Nummer ein Bild von der Aufnahme entwerfen, die dieses Konglomerat von Polizeigeist, Rindmännerei und Hintertürchenpolitik im Reichsparlament gefunden. Für heute sei nur bemerkt, daß mit jedem Beratungstage die Gegnerschaft gegen die reaktionäre Vorlage im Wachsen begriffen ist und Sozialdemokratisches Betreten derselben — nicht der Autorität — nur geeignet war, die Bedenken zu vergrößern. Allein die Konservativen stellen sich freundlich zu dem Antigerichtsgesetze, und das sagt ja genug.

Singen und Pfeifen bei der Arbeit wurde nach einem Entschiede des Berliner Gewerbegerichtes als ein zu sofortiger Entlassung berechtigender Grund erachtet, wenn diese Ungebühr trotz mehrmaligen Unterlassens fortgesetzt wird und in diesem Verhalten somit eine befarrliche Weigerung zu erblicken ist.

In Dortmund herrscht unter den Bergleuten eine große Erregung über die Erklärung eines Bergmeisters, die Zechen würden täglich 20 oder 25 Mann der Belegschaften entlassen, ohne Gründe dafür anzugeben. Nicht nur, daß die Bergwerksgesellschaften alle Forderungen abgelehnt, in Sachen es sogar mit der Verlängerung der Schichten verjagt haben, soll anscheinend eine noch ärgere Provokation durch das geschickte Vorgehen erfolgen. Man will augenscheinlich für die zum 1. April beschlossenen Erhöhungen der Kohlenpreise einen plausiblen Grund haben, auch wenn man — nichts bewilligt. Im Dortmundener Bezirke werden am Sonntag 26 Versammlungen sich mit diesen Vorgängen beschäftigen. — Im Solinger Industriebezirke wurde über 14 Betriebe der Messerwarenfabrikation der Ausstand beschlossen, um höhere Löhne zu erreichen. — Die angebotene Aussperrung der Werftarbeiter unterbleibt, weil die Sperre über die in Frage kommende Wellenborfer Schiffswerft von den Arbeitern aufgehoben worden ist. — Nach einer fünfmonatigen Verhandlung zwischen dem Industriellenverbande und der Metallarbeiterorganisation wurde der Streik in der Heibelberger Schnellpressenfabrik beigelegt. — Der Ausstand der Feilenhauer in Augsburg endete mit einem Siege der Arbeiter. — Nach fünfmonatiger Dauer beendeten die Braunschweiger Maurer ihren Streik, indem sie die Sperre über einzelne Bauten aufhoben.

Im Becken von Charleroi sind einige Ausstände unter den Bergleuten im Gange. — In Dijon streiken die Krankenhauswärter und Wärterinnen. — Ein Ausstand der Schauffeure ist in London ausgebrochen. — In Rom wurden die Straßenbahner ausständig, weil Schulkette als Krampfadernführer angeklagt werden. — In Berlin: 24. November, Sonntag, 2. Tage der ständischen Parlamentsöffnung die Geschäftsleute — und die Hafenarbeiter einen Demonstrationstreik gegen die Mißwirtschaft bei der Bahnverwaltung eröffnen.

Briefkasten.

U. Sch. in Swinemünde: Sie irren sich, wir wollten nur die Frage einer eventuellen Außerordentlichen Generalversammlung zur Lösung bringen lassen. Nunmehr wird Ihr Wunsch befriedigt. — Thüringischer Auftragsausflug: Sie haben recht, es wird sich bloß etwas schwer machen, mit Ausnahme des letzten Punktes, aber das ist es gleich, weil doch der eine wie der andre ist. Stimmungsbild im übrigen aber der Zeit angepaßt. Besten Gruß! — O. B. in Stendal: Karte traf zu spät ein. — W. D. in Kassel: Sie brauchen diese halbe Stunde nicht nachzuholen. — F. B. in Friedrich: Da Sie freiwillig diese Woche nicht gearbeitet haben, müssen Sie auch den Beitrag bezahlen. — J. K. in Wien: Der „Korr.“ geht hier regelmäßig einen Tag vor dem Erscheinungsdatum zur Zeitungs-post, er könnte demnach auch pünktlich in Ihre Hände gelangen. Werden aber bei der Post hier reklamieren. — Nach Wiesfeld, Augsburg, Stettin, Rineburg und Trier: In so kritischen Zeitaltern wie jetzt — kurz vor Einführung eines neuen Tarifes — ist es um so mehr Pflicht eines jeden Kollegen, bei Konditionswechsel die Meinung der Zentralleitung (Eckundigung vor Eintritt einer Kontribution einzuziehen) zu beachten; es können darum die sich jetzt wieder häufenden lokalen Warnungsnotizen oder infernate keine Berücksichtigung finden. — G. B. in Weimar: 13 Mk. — F. B. in Frankfurt a. M.: 1,85 Mk. — G. in Remscheid: 3,05 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I. **Müllhausen** i. G. Der Seiger Heinrich Müller aus Gebweiler, welcher ohne sein Buch an die Bibliothek abzuleihen abgereist ist, wird hiermit aufgefordert, dasselbe an Albert Klein, Synagogenstraße 17, einzuliefern, widrigenfalls weitere Schritte unternommen werden.

Adressenveränderungen.

Au der Saale. Gauvorsteher: Max Gabriel, Halle a. S., Sternstraße 6. **Burg** i. M. Vorsitzender (provisorisch): Friedrich Sowaß, Magdeburger Chaussee 48. **Pforzheim.** Vorsitzender: Friedrich Schüßelin, Moltkestraße 7; Vertrauensmann: Karl Dittus, Edisonstraße 14. **Stuttgart.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: C. Haug, Johannisstraße 4, IV; Kassierer: W. Clar, Ludwigstraße 9, III.

25. der 59jährige Seher Paul Schmidt aus Briesen (Augenleiden und Affhma) und 26. der 49jährige Drucker Oskar Rieger aus Breslau (Nervenleiden); im Gau Schleswig-Holstein: 27. der 48jährige S. Chr. C. Rathjen aus Jzehoe (Herzleiden); im Gau Württemberg: 28. der 44jährige Seher Dominik Heiler aus Einfebel (Herzleiden), 29. der 62jährige Drucker Josef Neuhaus aus Mühlstein i. Weßf. (Zuckerkrankheit) und 30. der 27jährige Seher Johann Wetz aus Günzach (Augenkrankheit). — Invalidenstand: Uebernommen vom 1. Quartale 1906: 559 Invaliden, neu hinzugekommen 30 — 589 Invaliden; hiervon Wbgang 18 (gestorben 17, arbeitsfähig 1), bleib Invalidenstand am 1. Juli 1906: 571.

6. Verwaltung: Verfaßt ein an die Gauvorstände und Gehilfenvertreter gerichtete Zirkular betreffs Einberufung einer Gauvorsteherkonferenz nach Berlin. — Eingegangen mehrere Gauberichte sowie Jahresberichte gegenseitiger Buchdruckerverbände.

7. Geschäftsverkehr in obigen drei Monaten: 1530 eingegangene und 1244 abgegangene Postsendungen.

Zur Aufnahme hat sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):
In Wiesbaden der Seher Richard Sandhop, geb. in Leipzig 1872, ausgel. daf. 1891; war schon Mitglied. — Gehn. Wacht, Jahnstraße 17.

Veranstaltungskalender.

Arnstadt. Versammlung Sonnabend den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Restaurant „Zinn“. — **Biankenburg a. H.** Versammlung Sonnabend den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale (Schömanns). — **Darmstadt.** Versammlung Samstag den 1. Dezember, abends präzis 9 Uhr, im „Perseo“, Alexanderstr. (hinterer großer Saal). — **Dresden.** Maschinenseherversammlung Sonntag den 2. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Adam Raulbachstr. — **Cesura.** Versammlung Sonnabend den 1. Dezember, im „Cesura“. — **Euscheid.** Versammlung Samstag den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Mühl. Mühl. — **Kreuzberg (Saal.)** Allgemeine Versammlung Sonntag den 2. Dezember, nachmittags 1 Uhr, im Restaurant „Stadt Dresden“.

Fürstentum. Versammlung heute Donnerstag den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, in der „Schloßkeller“. — **Güstrow i. M.** Versammlung Sonnabend den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Leuz, Domstraße. — **Hirschberg a. Schl.** Versammlung Sonntag den 2. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthose „Zum goldenen Scherle“. — **Leipzig.** Zeitungs- und Wert-Maschinenseherversammlung Sonntag den 2. Dezember, in der Partierzimmer des Restaurants „Johannistal“, Hospitalstraße. — **Lichtenberg-Gründerseher-Zusammenkunft** heute Donnerstag den 29. November, bei 2. Schulz, Lichtenberg, Wilhelmstraße 1. — **München.** Versammlung Sonntag den 2. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal der „Zentralhalle“. — **Vertrauensmännerversammlung** Dienstag den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im „Sögerbau“, Thal. — **Münster i. W.** Versammlung Samstag den 1. Dezember, abends 9 Uhr, im Vereinslokale Madenbrod. — **Oranienburg.** Ordentliche Generalversammlung Sonntag den 2. Dezember im Restaurant „Waldow“. — **Sulzbach (Saar).** Versammlung Samstag den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Ludwig Woll. — **Ursprung-Saundhausen.** Versammlung Sonnabend den 1. Dezember, bei Ehrlich, Marienhalderstraße. — **Waldenburg (Schl.)** Versammlung Sonnabend den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale (Hotel „Kaiserhof“). — **Zwickau.** Versammlung Sonnabend den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.

Buchdruckerei und Papiergeschäft

seit 15 Jahren in einem größern Marktsteden der sächsischen Oberlausitz bestehend, ohne Konkurrenz am Platze, ist wegen Ablebens des Besitzers sofort gegen Barzahlung zu verkaufen.

Verlangt werden für die Druckereianstalt 4500 Mk., für das Papiergeschäft Ablösung der vorhandenen Vorräte im Werte von 4—5000 Mk. Anträge unter G. R. 46 befördert Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Jerusalemstr. 46/49. [242]

Faktor, etwa 13 Jahre in jetziger Stellung, solide und ruhiger Charakter, sucht Stellung als solcher oder als Metteur einer täglich erscheinenden Zeitung oder als Abzweiger, am liebsten zum 1. Januar. Suchender ist 30 Jahre alt und verheiratet. Auch würde ein Vertrauensposten Honorar oder Expedition abgelehnt. Da gute Handschrift geboten werden kann. Familienbezugs. Werte Offerten mit Gehaltsangabe beförd. die Geschäftsst. d. Bl. unter O. 220.

Prima für Sachmann! Gut rentable Buchdruckerei mit Ladengeschäft und Hofplatz, nur Familienbesitz, halbes Jahr Materialverluste von 12.000 Mk. bei Barzahlung 10.000 Mk. sofort zu verkaufen. Werte Off. unter Nr. 182 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Sofort Anstellung. Wer gute Zigarren verkaufen will an Wirte, Händler usw. gegen 250 Mk. Vergütung pro Monat oder hohe Provision, wolle sich schnelligst wenden an A. Rieck & Co., Hamburg. [238]

Flotter Korrektor für eine soziald. Tageszeitung gesucht. Bewerbungen wolle man bis herige Tätigkeit sowie Gehaltsansprüche beifügen. [241] „Volksblatt“, Bochum.

Tüchtiger Monolinefeger der gut das polnische Manuskript liest, sofort gesucht. **Stos Elast,** [253] G. Leiwig (Ob.-Schl.).

Tüchtiger Monolinefeger wird per sofort gesucht. Nur erste Kräfte wollen sich melden unter Nr. 257 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Berliner Buchdruckerei sucht **Monolinefeger** in mehrjähriger Praxis. Umgeholfen werden vergütigt. W. Hoff u. G. K. 215 an Hansenstein & Vogler, A.-G., Berlin W 8, erbeten.

Tüchtige, gewissenhafte [244] **Justierer** in dauernde, lohnende Kondition gesucht. **Bauersche Sieberei, Frankfurt a. M.**

Tüchtiger, selbständig arbeitender, nicht zu junger **Mund- und Flachstereotypen** in dauernde Stellung für sofort gesucht. Werte Offerten erb. an die **Linien- und Flachstereotypen** („Wolfsstimme“) Frankfurt a. M. [243]

Stempelschneider perfekt in Feig und Stahl, verlangt sofort **Ferd. Scheinhardt, Schriftgießerei,** [255] Berlin-Schöneberg, Feuerstr. 55 b.

Schweizerdegen (25 Jahre) für Abzweiger, perfekt an Schnell- u. Tiegeldruckpresse, sucht selbständige Stelle. Antritt 14 Tage nach Engagement. **Sto Müller,** [249] Dresden-Süd, Marktgrabenstr. 24, II.

Kondition in Leipzig sucht sofort flott. korrekt. Seher, speziell im wissenschaftl. Wert und Kataloglage erfahren. Berechnen bevorzugt. W. Hoff u. G. K. 215 an Hansenstein & Vogler, Leipzig postl.

Verleger: G. Döblich, Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: L. Regehäuser in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstraße 8. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.

Alte Ornamente in moderner Form! Wertvolle Schätze an Einfassungen und Ornamenten liegen fast in jeder Druckerei unbenutzt, lediglich weil man sie nicht mehr für modern hält! Und doch lassen sich auch diesen Ziernaterialien moderne Seiten abgewinnen, wie das oben ersiehene Novemberheft der „Typographischen Jahrbücher“ zeigt. Das Heft sei mit seinen originalen Kunstblättern denjenigen als beste empfohlen, welche eigenartige Arbeiten lieben. Alle Buchhandlungen und Verleger nehmen Bestellungen entgegen. Preis pro Heft nur 60 Pf. [246]

Dauernder Verdienst bietet sich Schriftsetzern durch den Verkauf eines in Kollegenkreisen leicht absetzbaren neuen Werkes. Wir empfehlen einen risikolosen Versuch. [232] **Bial & Freund in Breslau II.**

Leipzig. Allen Kollegen teile hierdurch mit, dass ich hier, Nürnbergerstrasse 5 (Tel.-Nr. 2095) ein drittes **Fischgeschäft** eröffne. ff. Flensburger Aale, etwa 40 Stück 8 Mk., etwa 30 bis 35 Stück 9 Mk., etwa 20 bis 24 Stück 10,50 Mk., etwa 15 Stück 11 Mk. Meine sonstigen geräucherten und marinierten Fischwaren bestens empfehlend, zeichnet mit kollegialer Grusse **Bernh. Grosse, Tauchaerstrasse 3.**

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein. Sonntag den 2. Dezember: **Siehe Winterprogramm!** Beginn punkt 6 Uhr. — Um zahlreiches Erscheinen der aktiven und passiven Mitglieder bitten **Der II. Vorst.**

Bereinigung der Maschinenseher für den Gau Frankfurt-Sachsen. Sonntag den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr: **Agitationsversammlung in Offenbach a. M.** in der Restauration „Zum Karlsruher“, Karlstraße 62. Sämtliche Spezialkollegen unsers Kreises werden zu dieser Versammlung eingeladen. Anschließend: Gemütliches Zusammensein mit Familie. — Die Abfahrt erfolgt von Frankfurt nachmittags 2 Uhr 20 Min. vom Lotzbadhofs Sachsenhausen. [254]

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meines Lieben, unvergesslichen Gatten sage ich allen meinen tiefgefühltesten Dank. [259] Witwe Friedr. Birkenfeld, Remscheid.

Am 22. November verschied ganz unerwartet infolge Herzschlages unser verehrter Chef **Herr Verlagsbuchhändler Gerhard Demmering.** Wir betrauern einen Prinzipal mit geradem Charakter, dessen stets entgegenkommendes, freundliches Wesen ihm bei uns ein bleibendes Gedenken sichert. Weimar, den 24. November 1906. [251] **Die Verbandsmitglieder der Hofbuchdruckerei.**

Schriftgraber, in Schriftgießerei ein- gearbeitet, sucht für Anfang Januar 1907 in Schriftgießerei Stellung. Stahl und Feig firm. Werte Offerten erbeten unter G. H. 213 an Hansenstein & Vogler, A.-G., Berlin W 8. [237]

Schreibzeuge, Briefbeschwerer, 8 bis 9 Mk. 3,50 Mk. — Illustrierte Preisliste umsonst. — **Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.**

Der kleine Brochhaus! komplett 2 Bände 24 Mk. sowie alle anderen Werte liefert gegen bequeme monatliche Zahlungsab. W. Hoff u. G. K. 215 an Hansenstein & Vogler, Dresden. — Dresden: Kollegen einsehlich mich zur Lieferung von Fachliteratur. Prospekte zu Diensten! — Kollegen als Vertreter gesucht! [230]

Jeder vorwärtsstrebende Abzweiger muß sich das mit etwa 300 Gabbeispielen zeitgemäß ausgestattete Heft: „Neuzeitliche Einlen für Abzweiger“, für 1 Mk. von Alfred Wendler, Danzig, unbedingt schicken lassen.

Von Julius Mäser, Leipzig-R., verlange man: **Der Maschinenmeister an der Tiegeldruckpresse.** Zweite Auflage. Mit 40 Abbildungen. Geb. 3 Mk. — Das ausserordentlich instruktive Buch behandelt das Arbeiten sämtlicher renommierter Tiegeldruckpressen und zwar in durchaus origineller Weise. Dem Drucker werden wertvolle Winke gegeben, die auf jahrzehntelangen Erfahrungen beruhen, die sich der Autor in der Druckerei der „Jahrbücher“ zu sammeln Gelegenheit fand. [245]

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein Sitz Berlin. Sonntag den 2. Dez., pünktlich nachm. 2 1/2 Uhr, im Rest. Augustin, Oranienstr. 109, nach Lindenstrasse: **Vereinsversammlung.** T.-O.: 1. Tarifliches; 2. Aufstellung von Kandidaten zur Neuwahl der Zentralkommission; 3. Vereinsmittlungen; 4. Verschiedenes. [256] Zahlreiches Erscheinen erbeten. **Der Vorstand.**

Dresden Buchdruckmaschinenvereiner Dresden. Sonntag den 2. Dezember, vormittags 11 Uhr: **Monatsversammlung** im Vereinslokale. Tagesordnung: Die Bestimmungen für Drucker und Maschinenseher im neuen Tarif. Referent: Kollege Gesselfarth-Leipzig. Zahlreichen Besuch wünsch. [233] **Der Vorstand.** NB. Behufs Abklärung der Tagesordnung werden die Kollegen ersucht ihre Beside in dieser Versammlung zu begleichen.

Um politischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an **Ronald Eichler** adressieren.